

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzuwenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von  
Joh. van Kelen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.  
12333/333 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 9.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 5. März 1910.

Fernpred.-Nummer 4423.

12. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Zur gest. Beachtung. — Artikel: Wo liegt die Wahrheit? — Der Kerzestreit in Bocholt. — Bericht: Dänische „Kontaktkritik“. — Feuilleton: Zwei Geschichten. — Aus dem Verbandsgeschichte: Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen: Cronau. — Lohberich. — Berichte aus den Ortsgruppen: Akenbach. — Bamberg. — Cornelmünster. — Fochheim. — Fulda. — H. Gladbach-Eiden. — Hauen. — Hünningen. — Kaufbeuren. — Krumm. — Vörsch. — Zeit u. M. — Aus unserer Industrie: Lieber den Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe im Monat Januar. — Gewerkschaftliches: Aus unseren Verbänden: „Christliche Schwindelerei“. — Wo liegen die Denunzianten? — Wo stehen wir im Gewerkschaftsstreik? — Aus gegnerischen Organisationen: Die Beruflichkeit der „Berliner“ Arbeitsmethode in der Vertretung der Arbeiterinteressen. — Ein Beitrag zur Stich-Dänischen Kampfesweise. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Der Verbandstag des holländischen christlichen Textilarbeiterverbandes. — Allgemeine Handlung: Allgemeines: Das Schicksal der Arbeitskammern. — Briefkasten. — Verammlungs-Kalender. — Anzeigen. — Streifzettel. — Literarisches.

möglich ist, wenigstens einen Teil der Leistungen vor dem Quartalsabschluss einzuweisen. Ancheinend glaubt auch der eine oder andere Ortsgruppenvorstand noch, daß es genügt, wenn das kleine Leistungsbuch nach abgelaufener Krankheit oder Arbeitslosigkeit eingeklebt ist.

Wir möchten diese Vorstände deshalb nochmals daran erinnern, daß außer dem kleinen Leistungsbuch noch eine

### Aufrechnungsliste

für Kranke und eine solche für Arbeitslose fortlaufend ausgefüllt werden muß.

Diese Aufrechnungsliste muß am Schlusse des Quartals der Abrechnung beigelegt werden. Von der bisherigen Bestimmung, daß mit der Abrechnung zwei Aufrechnungslisten für Kranke und zwei Aufrechnung- und Erhebungslisten für Arbeitslose eingeklebt werden müssen, kann wegen der vielen Arbeit Abstand genommen werden.

Für die Folge genügt es, wenn eine Kranken-Aufrechnungsliste und eine Arbeitslosen-Aufrechnung- und Erhebungsliste mit der Abrechnung eingeklebt wird.

## Wo liegt die Wahrheit?

„Du sollst nicht falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.“

Von der Leitung der katholischen Fachabteilungen „Sich Berlin“ in um Weihnachten vergangenen Jahres herum an katholisch-berufliche Wundentzoger des In- und Auslandes ein Flugblatt unter dem Titel: „Wo liegt die Wahrheit in der Gewerkschaftsbewegung?“ verandt worden, das in mehreren Punkten mit der Wahrheit sehr leichtfertig ungeht. U. a. heißt es darin:

„Mit den sozialdemokratischen Verbänden gegen die katholischen Arbeiterorganisationen (auch heißen „Berliner“ Fachabteilungen D. S.) kämpfen die christlichen Gewerkschaften... im Textilarbeiterstreik in Landeshut (S. 7).“

Durch solche total entstellten Behauptungen suchen die „Berliner“ deren die Meinung zu erwecken, es sei mit den christlichen Gewerkschaften soweit gekommen, daß sie eine innige Waffenbrüderschaft mit den sozialdemokratischen Organisationen zur Bekämpfung der katholischen Arbeitervereine „Berliner“ Richtung schließen. Damit soll dann die ganze Schlechtigkeit und Unzuverlässigkeit der christlichen Gewerkschaften bewiesen und die Fachabteilungsbewegung von „Sich Berlin“ als der brave Bube empfohlen werden.

In dem Textilarbeiterstreik in Landeshut, den das Flugblatt zur Verunglimpfung unseres Verbandes heranzieht, haben die „Berliner“ eine unsagbar lächerliche und verabscheuenswürdige Rolle gespielt. Lassen wir die Tatsachen reden. (Siehe Textilarbeiter-Zeitung Nr. 23, 27, Jahrgang 1907.)

Die von dem Verbands-„Sich Berlin“ vor der Bewegung gemachten falschen Erhebungen bei 27 Familien und 23 Alleinwohnenden aus Landeshut zeitigten nach dem „Berliner“, „Arbeiter“ Nr. 24, 3. 1907 folgendes Bild:

Die 27 Familien hatten im Jahre 1906 eine Gesamteinnahme von 24.633,27 M. Im Durchschnitt kommt auf die Person, da Mann und Frau arbeiten, 456,17 M. jährlich oder 9 M. wöchentlich!!! Dieses Einkommen deckt die Ausgaben nicht. Dieselben betragen bei 27 Familien insgesamt 25.188,82 M.!! Nur neun Familien, weil hinderlich, weisen ein Plus nach, 18 dagegen hatten Defizit, lebten von Schulden. Bei den Alleinwohnenden ist die Sache nicht besser. Das Durchschnittseinkommen betrug 423,22 M. pro Person (wöchentlich 8 M.). Die Ausgaben 441,75 M.

In dieser Feststellung des „Berliner“, „Arbeiter“ die ungemessene traurige Lage der Landeshuter Textilarbeiterergänzend dargestellt. Der „Arbeiter“ selbst war der Meinung, daß man hier nicht sagen könne, der Lohn sei ausreichend.

Die gewerkschaftlichen Verhältnisse waren in Landeshut so, daß unsere Organisation bei Bewegungen mit dem sozialdemokratischen Verbänden zusammen gehen mußte, wenn für die Arbeiter ein Erfolg erzielt werden sollte. In diesem Falle überreichten die beiden Verbände den Unternehmern am 3. April 1907 folgende Forderungen:

- 1) Eine allgemeine 30%ige Lohnerhöhung.
- 2) Entschädigung für Warten auf Material.
- 3) Anknüpfung von besserem Material.
- 4) Einführung von Arbeiterausfällen.
- 5) Verlängerung der Arbeitszeit Sonnabends um eine Stunde.

Die Fachabteilungen schlossen sich diesem Vorgehen an, als auch sie mit Vorschlägen an die Fabrikanten herantreten. Diese lehnten jedoch alles ab, kümmerten sich um die Arbeiterorganisationen ebensowenig, wie um die für die einzelnen Betriebe gewählten Kommissionen der Arbeiter. In einem Betriebe, Wehner u. Frohne, rief den Arbeitern der Gebüßhaden am 15. Juni reichlich 184 die Kündigung ein. Die Arbeitgeber sagten die Massenauflösung ein, falls die 184 nicht von ihren Forderungen abließen sollten. Am 25. Juni wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt. Da sich nicht genügend Hausweiser meldeten, um die Betriebe im Gange zu halten, wurde am 13. Juli die Aussperrung von 2600 Arbeitern und Arbeiterinnen perfekt.

Unabhängig ihrer Gewandlung machten nun die „Berliner“ mit den „Streikvereinen“ gemeinsame Sache. In einer von unserem Ver-

bande einberufenen Versammlung wurde aus den drei in Frage kommenden Organisationen eine Kommission gewählt, die zunächst mit der befreiten Firma zu verhandeln hatte. Die Firma verlangte bedingungsloses Ergeben der Arbeiter. Nun einigten sich die drei Organisationen dahin, gemeinsam gegen die schärfmächterischen Praktiken der Unternehmer vorzugehen. Sozialdemokraten, Christliche und katholische Fachabteiler sagten zusammen in der Kommission, und wir haben es an den „Berliner“ nicht bemerkt, daß sie an ihren Grundgedanken schaden gelitten hätten. Ganz ist alle Theorie, und die Praxis ist eine harte Lehrerin. Sogar Streiks- bezw. Aussperrungsunterstützung zahlte die „Berliner“ aus, und da anscheinend ihre Kasse für solchen Fall nicht vorgezogen war, gingen sie in Schließen auf Kollekte und riefen: „Sammlt für die ausgesperrten Mitglieder des katholischen Arbeiter- und Frauenvereins!“

Bis dahin waren sich die drei Organisationen einig gewesen in der einschlägigen Taktik, und Dank dieser Einigkeit stand die Bewegung für die Arbeiter durchaus nicht unglücklich. Da brachen plötzlich die „Berliner“ das Einverständnis, verhandelten hinter dem Rücken der anderen Organisationen und gaben dadurch der ganzen Situation eine für die Arbeiter ungünstige Wendung. Die Arbeitgeber drohten nämlich mit der Generalaussperrung in Schließ. Es hieß, die am 26. Juni in Breslau tagende Industriellenversammlung sollte diesbezüglich entscheiden. Die Generalaussperrung jedoch kam nicht. Bis dahin war es üblich gewesen, daß die einzelnen Kommissionsmitglieder an den Versammlungen aller drei Richtungen teilnahmen. Daß die „Berliner“ eine Handlung vorhaben, die das Tagelöhner nicht betragen konnte, geht daraus hervor, daß am 27. Juni zwei Kommissionsmitglieder aus der Fachabteilungsbewegung ausgewiesen wurden. Eine Stunde später hieß es, die Fachabteiler würden am 30. Juli die Arbeit wieder aufnehmen.

Gegen Mittag des 27. Juli erhielten die Organisationsvertreter eine Einladung des Herrn Bürgermeisters, auf das Rathaus zu kommen, Dr. Fleischer habe ihn um Vermittlung gebeten. Dort angekommen, meinte Dr. Fleischer, am besten sei es, daß die Arbeiterschaft am 30. Juli die Arbeit wieder aufnehmen, denn die Arbeitgeber würden keine weiteren Konzessionen machen und auf nichts weiteres eingehen, als was er schriftlich in Händen habe. Dies lautete:

„In Rücksicht darauf, daß nach Auffassung verlässlicher Mitarbeiter die Landeshuter Arbeiter die Überzeugung gewonnen haben, daß die Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen nicht eine Vergeltung auf eine künftige Besserstellung der Arbeiter in sich schließt, daß die Arbeitgeber des weiteren die bereits vor der Lohnbewegung in Erwägung gezogenen Lohnaufbesserungen noch im Laufe dieses Jahres bestimmt gewährt werden und bereit sind, die Wünsche der Arbeiter jederzeit entgegenzunehmen und zu prüfen, daß ferner die Arbeitgeber nicht verlangen, daß die Arbeiter aus ihren Organisationen austreten sollen, erklären hiermit die „Landeshuter Textilarbeiter, am Dienstag, den 30. Juli, die Arbeit wieder aufnehmen.“

Ein solch hinterlistiges, unehrliches und arbeiterschädigendes Treiben einer Organisation, die vorgibt, den Interessen der Arbeiter zu dienen und die Anspruch auf Achtung machen will, war bis dahin in der Arbeiterbewegung noch wohl nicht vorgekommen. Die Fachabteiler durchbrachen ohne jeden triftigen Grund und ohne ihr Verhalten vorher zu rechtfertigen das bisher geübte gemeinsame Vorgehen, Fleischer verhandelte, ohne hierzu von den anderen Organisationen beauftragt worden zu sein und ohne vorher diese zu verständigen, mit den Unternehmern und versprach diesen einfach Frieden unter Bedingungen, die für die Arbeiter die denkbar ungünstigsten waren. Um ihren jähesten Streich in aller Heimlichkeit vorbereiten zu können, werten die Fachabteiler zwei Kommissionsmitglieder entgegen dem Brauch und den Abmachungen aus ihrer Versammlung.

Daß wir es unter solchen Umständen ablehnten, unsere Mitglieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, ist selbstverständlich. Das wäre nach unserer Ansicht Arbeiterverrat gewesen. Uebrigens fand an demselben Abend eine Verhandlung zwischen den Arbeitgebern und den Vertretern der Arbeiter statt. Da wurden die Vorschläge des Herrn Dr. Fleischer im Handumdrehen von den Arbeitgebern angenommen. Damit begünstigten sich jedoch die Vertreter unserer und des „freien“ Verbandes nicht. Diese stritten 2½ Stunden mit den Arbeitgebern und konnten nachher mit dem Bewußtsein das Rathaus verlassen, ohne Hilfe der Fachabteilervertreter bedeutend mehr für die Arbeiterschaft herausgeschlagen zu haben, als Dr. Fleischer in Händen hatte.

Dies die Wahrheit über die Dinge bei der Landeshuter Aussperrung im Jahre 1907. Davon heißt keine Maus einen Faden ab! Worin liegt nun das gemeinsame Kämpfen des christlichen und „freien“ Textilarbeiterverbandes gegen die katholische Arbeiterorganisation? Die Fachabteiler wurden als gleichberechtigt von den anderen Verbänden anerkannt, wählten ihre Leute in die gemeinsame Kommission und beteiligten sich an den Sitzungen. Was taten aber diese Leute? Sie mißbrauchten in der schamlosesten Weise das Vertrauen, das man

in sie gesetzt hatte und traten die Arbeiterinteressen förmlich mit Füßen.

Und diese Tatsachen suchen sie in ihrem Flugblatt als Waffe gegen den christlichen Textilarbeiterverband zu benutzen. Die Wahrheit kann bei „Sich Berlin“ keine Herberge finden.

## Der Kerzestreit in Bocholt.

Zu dem Artikel in Nr. 6 sind uns aus Bocholt von katholischer Seite folgende Erwiderung eingeklebt:

1. Beginn des Streites: Der Streit fing nicht mit der Kündigung Ende Juni 1908 an, sondern schon im Herbst 1908, als scheinbar in Bocholt alles in vollem Frieden war, suchte Herr Hugo Wehl, der spätere Hauptleiter des ganzen Streites, in einer Zeitungsannonce Kerze für Bocholt. Es wurde dann in den Kreisen der Kassenverbände verbreitet, daß sich ihm 60 Kerze zur Verfügung gestellt hätten. Dann wurde ein Kassenverband nach Kölner Muster gegründet. Bald trat man schriftlich und mündlich an die Kerze heran. Form und Inhalt der Briefe waren durchaus ungehörig. Bei einer gemeinsamen Besprechung des Kassenverbandes und beider Delegierten der Kerze wurden diese von Herrn Hugo Wehl derartig behandelt, daß sie kaum ihre Entzückung bewahren konnten. Mitglieder des Kassenverbandes aus dem Arbeiterstande boten wegen des Beschlusses, es sei ein Entschuldig. In einer anderen Sitzung wurde den Kerzen ein Vertragsentwurf vorgelegt, zum ihnen eine große Anzahl neuer Pflichten auferlegt werden sollten, ganz ausgelassen war aber das Honorar, welches die Krankenkassen den Kerzen zahlen wollten. Der Kassenverband weigerte sich, darüber Reden zu geben und hat bis Mitte November 1909 an dieser Weigerung festgehalten.

2. Kündigung des Vertrages: Ende Juni 1909 kam die „Kündigung“. Darin war der Vertrag förmlich beendet und sie war förmlich abgelehnt. Ende Oktober hatte Herr Hugo Wehl gemacht. Derselbe Herr hatte im Jahre 1908 eine Kündigung der Kerze an die Krankenkasse S. H. Wehl und Hugo Wehl formell beantragt. Der Vorstand des Kassenvereins erlaubte sich ein Rechtswort, ob die Kündigung des Krankenkassenverbandes rechtmäßig sei. Am 5. Juli antwortete dieser mit Nein, und am Tage darauf teilten die Bocholter Kerze den Kassen mit, daß sie die Gültigkeit der Kündigung bestritten. Ehe die Antwort des Krankenkassenvereins eintraf, konnten unmöglich die Kerze dem Kassenverbande ihren Rechtsstandpunkt mitteilen. Der Rechtsstreit über die Gültigkeit der Kündigung schwebt zur Zeit noch beim Oberlandesgericht in Hamm.

3. Vergleichsverhandlungen: Der Artikel in Nr. 6 nennt sie „verdrehtlich“ und mit Recht. Weder Herr Hugo Wehl mit dem alle diese Unannehmlichkeiten vorausgegangen waren, immer wieder 30 Kerzen des Kassenverbandes geschickt worden, so wären sie wohl weniger „verdrehtlich“ gewesen. Dagegen stand es die Behauptung auf, ein solch ein „Sozial“ anlässiger Spezialarzt für Nerven und Chrenkanheiten habe erklärt, die Bocholter praktischen Kerze hätten ihm sein Weibchen unmöglich gemacht. Diese Behauptung hat sich als unwahr herausgestellt. — Endlich kam durch Vermittlung des Herrn Dr. Schwarz ein Vertragsentwurf zustande, mit dem die Kerze sich einverstanden erklärte. In dieser Entwürfe lagte die Delegiertenversammlung einen neuen Satz hinein, wodurch der Vertrag für die Kerzen unannehmlicher wurde. Der Verfasser des Artikels in Nr. 6 kann nicht richtig unterrichtet sein, wenn er die dort gegebene Darstellung aufrecht hält. Späterhin kam in einer gemeinschaftlichen Sitzung zwischen dem Kassenverbande und den Kerzen durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Weimann nochmals eine Einigung zustande. Diese wurde jedoch von der Delegiertenversammlung abgelehnt, wogu das berühmte Telefongespräch beitrug. Der Artikelverfasser sagt: „An der Echtheit des Telefongesprächs ist nicht zu zweifeln.“ Ob dem so ist, wird vom Bericht unterrichtet werden. Das Ergebnis wird anders sein, als der Artikelverfasser vermutet. Vielleicht wird dann auch derjenige, der in der Delegiertenversammlung geäußert hat, „die Bocholter Kerze hätten unehrlich gehandelt“, einsehen, wie ungerichtet seine Worte waren.

4. Der Streit und der Leipziger Verband: Auch dieser Teil ist in dem Artikel vollständig falsch dargestellt. Von „rücksichtslosem Fördern und Überpaanzen Vorgehen“ derselben kann keine Rede sein. In dem Artikel ist ja auch keine Spur von Beweis hierfür zu finden. Auch Herr Dr. Blange war gar nicht im Angefandener, oder auch dieser hat sich die größte Mühe gegeben, einen für beide Teile billigen Frieden zustande zu bringen.

5. Die gegenwärtige Lage: Der Artikelverfasser nennt sie eine für die Kerze unglückliche. Dem muß es auf die Kerze erbitternd wirken, daß sie nach jahrgelänger treuer Arbeit bei Tag und Nacht wegen einer Dappole ausgesperrt worden sind. Noch unglücklicher aber sind die Kassenmitglieder und die Kranken daran. Die Kosten für die ärztliche Behandlung, wofür die Kassenmitglieder mit ihren Beiträgen aufkommen müssen, sind trotz der weit geringeren Anzahl der Kerze bedeutend höher, wie früher. Vordem fanden der Kranken acht Jahrgelänger anlässige Kerze zur Verfügung, die mit allen Verhältnissen in den Familien vertraut waren. Heute müssen sie sich von vier wildfremden, in Danzig, Stolzenberg (Sommer), Wehl und Trier aufgewachsenen Kerzen und zwei aus Köln teilweise ausgebildeten behandeln lassen. Spezialische Hilfe müssen sie in weiter Ferne in Köln suchen. Die holländischen Kassenmitglieder, die stets ihre Beiträge an die Kassen geschickt haben und noch zahlen, haben mit ihren Angehörigen in Holland ohne ärztliche Hilfe da.

## Zur gest. Beachtung

### für die Ortsgruppenvorstände und Mitglieder.

Wir müssen vielfach die Wahrnehmung machen, daß Mitglieder, die ihren Wohnort nach einer andern Ortsgruppe verlegt haben, dieses nicht melden. Die Mitglieder werden deshalb dringend ersucht, bei einem Umzuge nach einer andern Ortsgruppe dieses vorher dem Ortsgruppenvorstand unter genauer Angabe der neuen Wohnung mitzuteilen.

### Die Ortsgruppenvorstände

müssen diese Umänderungen durch die vorgebrachten Umzugskarten der Zentralstelle übermitteln. Von der Zentralstelle wird alsdann das betr. Mitglied bei der neuen Ortsgruppe angemeldet. — Auch werden die Ortsgruppenvorstände darauf aufmerksam gemacht, daß am Schlusse eines jeden Monats

### die ausgeschiedenen Mitglieder

durch die vorgebrachten Formulare abgemeldet werden müssen.

Alle Ortsgruppen, die etwa ausgetretene oder durch Wegzug abgegangene Mitglieder noch nicht abgemeldet haben, müssen dieses nachholen und der Zentralstelle die Namen der betr. Mitglieder selbst Angabe der Stamm-Nr. mitteilen. Bei

### Neuaufnahmen

wird mit den für das erste Jahr eingeführten Mitgliedsarten ebenfalls nicht eingehend verfahren. Es ist vielfach die Ansicht vorherrschend, daß die erste Beitragsmarke in dem Jahre der Karte eingeklebt werden muß, das die laufende Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ trägt. Ist das 52. Heft in der Karte dann mit einer Marke versehen, dann folgt die nächste Beitragsmarke auf das Heft Nr. 1, falls die Aufnahme im Laufe des Jahres erfolgt ist. Der Austausch gegen ein Leistungsbuch erfolgt somit immer nach Eintragung der Beitragsmarke im 52. Heft der Karte, sondern erst dann, wenn alle 52 Hefter mit einer Marke versehen sind.

Es ist deshalb einfacher, wenn jedes neue Mitglied die Karte mit dem ersten Heft beginnt und nach der 52. Woche die Karte zum Austausch dem Ortsgruppenvorstande übergibt.

Bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit im ersten Mitgliedsjahre wird auch eine diesbezügliche Karte in die Karte fortlaufend verwendet.

Für jede vollgeklebte Mitgliedskarte muß vom Ortsgruppenvorstand ein Leistungsbuch ausgefüllt und die geleisteten vollen Beiträge der Karte in dem Leistungsbuch vermerkt werden.

Die Mitgliedskarte muß dann vom Ortsgruppenvorstand auf der Rückseite genau nach Vorschrift ausgefüllt und der Geschäftsstelle behufs Eintragung in das Kartotekregister zugesandt werden.

### Krankenanmeldungen

wird vielfach noch die Art der Krankheit nicht mit angegeben. Wir weisen deshalb die Ortsgruppenvorstände darauf hin, daß stets bei der Anmeldung auch die Krankheit mit anzuführen ist. Was dieses bei der Anmeldung nicht möglich ist, dort muß die Krankheit vor der Eintragung der Leistung auf verbleiben vermerkt werden. Für die Statistik ist die Krankheitsangabe in jedem einzelnen Falle unerlässlich und werden wir in Zukunft alle Leistungen, auf denen die Angabe der Krankheit nicht vermerkt ist, den betr. Ortsgruppen wieder zurückstellen müssen.

### Bezüglich der

Kranken- und auch der Arbeitslosen-Leistungen hätten wir, diese nicht stets bis zum Schluß des Quartals aufzubereiten, sondern nach Möglichkeit nach Ablauf der Krankheit resp. der Arbeitslosigkeit einzulegen.

Beim Quartalsabschluss werden wir dann die Sachen in einer Weise an, daß es unumgänglich ist, die Arbeiten alle ordnungsgemäß zu erledigen.

Wir sind überzeugt, daß es in vieler Weise den Ortsgruppenvorständen bei Einhaltung des Willen

### Hirsch-Dundersche „Neutralität“.

Die deutschen Gewerkschaften sind religiös und politisch neutral.

Herr Kappeler aus Augsburg, seines Zeichens Sekretär des Fabrik- und Handarbeiterverbandes S. O., hob den Satz der politischen und religiösen Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in einer Arbeiterversammlung in Laupheim hervor, in einem Ort, der sich zu 80% etwa aus katholischer Bevölkerung zusammensetzt, um der Laupheimer Arbeitervereine durch die Hirsch-Dundersche Gewerkschaften einen Anstoß zu machen. Zwei christliche Gewerkschaftsleiter, die die Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auf das entschiedenste bestritten, wurden von Herrn Kappeler der Unwahrhaftigkeit bezichtigt. Es wird nun die Aufgabe dieser Zeilen sein, Herrn Kappeler in Augsburg zu berechnen, was die Unwahrhaftigkeit zu Hause ist, und er wird sich damit abfinden müssen, daß die Tatsachen ihn in diesen Punkte der Unwahrhaftigkeit geißeln werden und nicht die beiden christlichen Gewerkschaftsleiter.

Als Sekretär des Fabrik- und Handarbeiterverbandes sieht Herr Kappeler naturgemäß das eigene Verbandsorgan an nachsten. Dieses Verbandsorgan nennt sich „Fabrik- und Handarbeiter“ und erscheint in Burg u. R. Wenn die deutschen Gewerkschaften, also die Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsbewegung in religiöser und politischer Beziehung neutral ist, wie das von Herrn Kappeler behauptet wurde, dann muß auch das geistige Bindemittel zwischen den Mitgliedern, das Verbandsorgan, diesen Satz des Herrn Kappeler als Wahrheit erkennen lassen. Wir wollen deshalb, um Herrn Kappeler eine Nachwirkung zu ermöglichen, ihm den Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß er, wenn er sein Verbandsorgan liebt, bezeugt — liebt er es nicht, dann antreibt — in dem zur Abhandlung stehenden Falle die Wahrheit größtenteils verfehlt hat.

Vor uns liegt der Leitartikel des „Fabrik- und Handarbeiter“ Nr. 22 1907. In dem heißt es an einer Stelle:

„Die Gewerkschaften arbeiten, wie wir sagten, ohne Nebenabsichten. Sie machen ihren Mitgliedern nicht die Zugehörigkeit zu irgend einer politischen oder kirchlichen Partei zur Pflicht, sondern überlassen es ihren Mitgliedern, sich auf allen Gebieten, die mit der wirtschaftlichen Forderung und Förderung nicht zusammenhängen, nach ihrem Ermessen zu betätigen.“

Dies ist ein wunderbarer Satz. Wir wollen sehen, ob er sich aber auch in der praktischen Arbeit der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, soweit die geistige Beziehung der Mitglieder durch das Verbandsorgan erfolgt, auch bewährt, oder ob man da nicht bestritten ist, den Mitgliedern die rechts stehenden Parteien durch tendenziöse ausgebaute, teilweise ungenaue Berichte über deren Tätigkeit zu verfehlen, so man nicht gegen das kirchliche und politische Christentum Sturm läßt. Geht die Behauptung des Herrn Kappeler, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften seien in den Dingen neutral, als unwahr gerichtet.

Im „Fabrik- und Handarbeiter“ Nr. 23 1907 steht auf Seite 179 eine Notiz: „Wissen ist Macht und Bildung macht frei.“ Diese lautet die christliche Bauernvereine Bayerns zu verhöhnen und schreibt dazu in einer 177 anschließenden Notiz über geistliche Lehrezziehung folgendes: „nachdem das „neutrale“ Blatt aus der „Frankfurter Zeitung“ die Lehrereigenschaften, an denen sich 60 Lehrer aus Rheinland und Nassau in der Benefizienarbeit betätigten, wiedergegeben hat:

„Denkschrift in der Welt voran — im Beten! Es ist notwendig sein Stand, wenn unter dem Einfluß der geistlichen Jugendzeit in den freien Schichten

unseres Volkswachstums sich nicht nur Widerwille gegen alles Kirchentum, sondern, was unendlich schlimmer, auch gegen Religion und religiöses Empfinden sich geltend macht.“

Wir fragen: Was geht ein Gewerkschaftsblatt die aus politischen Stimmungen heraus geschriebene Notiz der „Frankfurter Zeitung“ an, wenn man nur wirtschaftliche Aufgaben lösen will? Interessant sind auch die journalistischen Dokumente des Fabrik- und Handarbeiterverbandes aus der neueren Zeit. Parteipolitische Wandlungen brachten Neugründungen auf wirtschaftspolitischen Gebiete mit sich. Es wurde der Hanjabund und der deutsche Bauernbund gegründet. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die sozialdemokratische brachten dem Hanjabund von vornherein ein durchaus gerechtfertigtes Mißtrauen entgegen; die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht. Im Verbandsorgan des Hirsch-Dunderschen Fabrik- und Handarbeiterverbandes, der „Fabrik- und Handarbeiter“, befindet sich in Nr. 17 1909 ein Leitartikel über den Hanjabund, in dem wir folgende „neutrale“ Stelle finden:

„Parteiliche Gründe sind es auch, die die Zentrumspartei Gift und Galle gegen den Hanjabund speien lassen. Das böse Gewissen plagt sie. Agrarkonföderative und Zentrumsmänner sind Kinder eines Geistes und verstehen es, wie unsere seine Finanzreform gezeigt, sich prächtig zu ergänzen. Volksernährung und Volkserziehung wachsen auf einem Felde; beiden ist das freigezeichnete Staatsbürgerrecht, das neben den Pflichten auch Rechte heißt, ein Dorn im Auge.“

Wie niedrig dieses Blatt die Denkfähigkeit seiner Leser einschätzt, geht aus derselben Nummer, zweite Seite, hervor. In einem Artikel „Vergangenheit und Zukunftsbetrachtungen“ liest man nach dem famosen Artikel über den Hanjabund mit seiner gegen Konjervative und Zentrum gerichteten parteipolitischen Tendenz:

„Durch die Parteipolitik, mit welcher die Arbeiterbewegung zum Schaden ihrer selbst begiftet wurde, ist der Krankeitsteil der Uneinigkeit und des Wirrwarrs hineingetragen.“

Warum bessern sich denn die Hirsch-Dunderschen nicht nach der Seite hin, wenn sie selbst einsehen, daß es falsch ist, die Gewerkschaftsbewegung mit parteipolitischen Sachen zu belasten? Für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ist ihre parteipolitische Einseitigkeit das Gift, das in ihre Reihen den Krankheitskeim des Mitgliederzugesanges hineinträgt. Freilich will der Artikelschreiber nicht die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, sondern die christlichen und die „neuen“ Gewerkschaften mit dem Sacke rechen. Es mag sich aber erübeln, daß der Artikelschreiber hinter dem Ofen andere sucht, hinter dem seit ihrer Gründung die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sitzen. Unschönlich klingt der Satz auch deshalb, weil wenige Zeilen später, nachdem der Artikelschreiber noch eine „kräftige“ Lanze für die „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gezogen hat, in der allgemeinen Rundschau gegen das Zentrum Sturm gelassen wird, wobei der betreffende Artikelschreiber so „gut“ unterrichtet ist, den Reichstagsabgeordneten Schrems von der christlich-sozialen Partei in die Zentrumskategorie hineinzusetzen. Auch an den Konjervativen reißt sich in dem Blatt in der gleichen Nummer. Trotzdem meint der Herr Kappeler, seine Richtung sei „neutral“.

Wir suchen und finden, um wenigstens in der nächsten Zeit einen Schimmer von wahrer, echter Neutralität in parteipolitischen und religiöser Beziehung in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu finden, damit wir dem Herrn Kappeler Recht geben können. Sein eigenes Verbandsblatt läßt uns aber immer neue Enttäuschungen erleben. Der „Fabrik- und Handarbeiter“ in Nr. 19 1909 bracht natürlich auch wieder in einem Artikel: „Arbeit, wasche auf“ mit der politischen und kirchlichen Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, um dann um so

besser gegen das Verhalten der Zentrumspartei und das Willkürregiment der agrarischen Amtsvorsteher auf Grund von Zitaten aus der parteipolitischen Tagespresse loszukommen und sich auch des Zentrumsgewerkschaften Bitter und seiner Koblenzer Rede zu erinnern. Auch die christlichen Gewerkschaften müssen ein ausgewichtet erhalten von diesen Vorfällen, was das Blatt in folgender faktischer und unwahrer Weise tut:

„Den christlichen Gewerkschaften stehen die kirchlichen Kanzeln, die Reichstische und sonstigen geistlichen Apparate zur Verfügung, die den Anstoß an ihre Organisation mit noch viel größerem Nachdruck herbeizuführen vermögen.“

Wenn das Blatt für diese Behauptung den Wahrheitsbeweis antreten sollte, dann würde es mit seinem Schwindel gehörig hereinfallen. Das, was man bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften vergeblich sucht: strenge parteipolitische und religiöse Neutralität — bei den christlichen Gewerkschaften ist sie vorhanden. Das beweisen die ständig wachsenden Mitgliederzahlen aus allen bürgerlichen Parteilagern.

Zu der gewerkschaftlichen Aufgabe des „Fabrik- und Handarbeiters“ zählt es auch, sich mit den Parteigruppierungen der Zukunft zu beschäftigen. Wir lesen darüber einen Artikel in dem genannten Blatt Nr. 20 1909. Dort findet man folgende harmlose „neutrale“ Stelle:

„Von den rechtsstehenden Parteien, vom Hörsing bis zum Amtsvorsteher und Dorfachtwächter, von Junkern und Priestern, ob geschickelten oder konjunktiven, hat das nach staatsbürgerlicher Freiheit verlangende deutsche Volkstum nichts mehr zu erwarten. Von rechts droht die Verkünderung und Verfeinerung, links winkt der Fortschritt.“

In der allgemeinen Rundschau derselben Nummer werden dann noch einige weitere Dokumente der parteipolitischen und religiösen „Neutralität“ niedergelegt. Ein Zitat aus dem „Vaterland“ muß zur Verächtlichmachung der zur „Verherrlichung der Zentrumspartei dienenden Katholikentage“ herhalten. Am Schluss des Zitats liegt das Wort als selbständige Meinung hinzu:

„Diese Abjage läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Rantel bleibt oben, ob er evangelisch oder katholisch getauft ist; im Himmel kommt er in die Prokessionen losge oder auf einen Darrschiff ins Paradies. Der elende Pöbel nimmt mit dem Baureiter oder der Gelernte nichts.“

Über den Gesinnungslage sich bekanntlich nicht freuten. Das aber das oben gewählte Bild von religiöser „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erzählt, wird wohl auch Herr Kappeler nicht im Ernst bekennen wollen. Diese Sorte Schwärze ist man sonst gewohnt, im „Freidenker“ oder „Mittelweg“ vorzuführen. Natürlich schwindelt das Blatt in der Nummer seinen gutmütigen und politisch ungeschickten Lesern auch vor, daß die „neuen“ Führer der christlichen Gewerkschaften für die Tabaksteuer gekämpft haben. In der Nr. 22 1909 geht es weiter gegen das Zentrum, in der Nr. 24 1909 gegen die Konjervativen. Nr. 26 1909 macht mobil gegen die hampflungenen Zentrumswähler und nennt den Herrn von Eisenberg einen politischen Hanswurst.

Auch in diesem Jahre ist der „Fabrik- und Handarbeiter“ seiner Art treu geblieben: die rechtsstehenden Parteien zu verunglimpfen und die liberalen herauszufordern. Das beginnt in Nr. 1 und geht in den anderen Nummern weiter. Herr Kappeler wird sehr wohl einsehen, daß es ein bloßstehendes Kompliment von ihm war, in Laupheim zu sagen, die Gewerkschaften seien neutral. Das kann er vielleicht Leuten erzählen, die auf dem Monde wohnen und die religiöse und politische Einseitigkeit der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht kennen. Lebende Menschen aber in der deutschen Arbeiterwelt lassen sich in dieser Frage von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsleitern nicht mit plumpen Unwahrheiten abspülen, weil die Hirsch-Dundersche Gewerk-

vereinspresse ja deutlich beweist, daß sie die Gewerkschaften dem Linkliberalismus zuführen möchte. Herr Kappeler! Wer hat nun die Wahrheit gesagt? Sie oder die christlichen Gewerkschaftsleiter? Die Frage ist für Sie jetzt leicht zu beantworten, da wir Sie mit dem Material aus dem Blatte Ihres Verbandes bekannt gemacht haben.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

##### Gronau.

Der Streik bezw. die Aussperrung bei der Spinnerei „Eilermar“ steht noch auf dem alten Fied. Die Streikenden sind guten Mutes und glauben an den Erfolg ihrer Sache. Die besetzte Firma hat sich der Gronauer Fabrikantenvereinigung angeschlossen und soll jetzt von dieser unterstützt werden. In sämtlichen Gronauer Textilbetrieben wurde am Samstag, den 26. Februar, folgender Klaus bekannt gemacht:

##### An unsere Arbeiter!

Die planmäßig vorbereiteten Maßnahmen, welche der Baumwoll-Spinnerei Eilermar gegenüber durch die christlich-sozialen und sozialdemokratischen Gewerkschaft zur Anwendung gebracht sind, bergen eine ernste Gefährdung der Lebensinteressen unserer ganzen Industrie und unseres Gemeinwessens in sich.

In Erkennung dieser Gefahr haben sich die unterzeichneten Firmen zusammengeschlossen, um gemeinsam diesen Maßnahmen entgegenzutreten.

Sie werden Abwehrmaßnahmen ergreifen, wenn nicht bis zum 4. März cr. die Arbeit in der Baumwoll-Spinnerei Eilermar wieder aufgenommen ist.

Sollten die Unterzeichneten wider Erwarten zur Durchführung der erwähnten Abwehrmaßnahmen gezwungen werden, so ruft die Verantwortung dafür diejenigen, die es durch ihr unverantwortliches Vorgehen fertiggebracht haben, den hier seit Menschengedenken bestehenden Frieden zu stören.

Es folgen die Unterschriften der betr. Firmen. Unser Verband wird sich durch solche Veröffentlichungen in seinen Maßnahmen nicht beirren lassen. Wenn die Firma „Eilermar“ den Frieden haben will, wir sind jederzeit zu Verhandlungen über die Streitpunkte bereit.

##### Lobberich.

Eine Lohnerhöhung für die Farbereiarbeiter. Bekanntlich haben die Farbereiarbeiter in Krefeld vor einiger Zeit eine Lohnerhöhung erhalten. Die gleiche Arbeiterkategorie bei der Firma Medid u. Co., die bis zur Krefelder Lohnerhöhung mit den Krefelder Farbem im Verdienst mindestens gleich stand, durch die Krefelder Erhöhung aber bedeutend unter diese zu stellen kam, unterbreitete der Firma Medid nun ebenfalls den Wunsch um Aufhebung des Lohnes. Durch das ruhige Vorgehen der Arbeiter erreichte, um die das Gutgekommen der Firma andererseits wurde eine Verhandlung auf folgender Grundlage erzielt:

7 Arbeiter erhalten einen wöchentlichen Gehaltszuschlag von 50 Pfg., 5 erhalten 1 M., 31 erhalten 1,50 M., 1 erhält 1,25 M., 1 erhält 2 M., 1 erhält 2,50 M., und 2 erhalten 3 M. mehr, macht zusammen in einem Jahr 3419 Mark.

Offentlich zeigt die Firma auch in Zukunft Verständnis für die Lage der Arbeiter und Entgegenkommen bei eventuellen Wünschen. Obige Zahlen zeigen den erneuten Beweis, daß ruhiges, planmäßiges Arbeiten auch zum Ziele führen kann und die Organisation doch zu etwas nütze ist.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

Mensbach. Eine umfangreiche Tagesordnung hatte unsere Ortsgruppen-Generalsversammlung zu erledigen. Sämtliche Vorstandsmitglieder mußten neuerlich wiedergewählt werden. Von den 1297,50 M. Einnahmen der Ortsgruppe wurden 670,65 M. an die Zentralkasse geschickt. An Krankengeld wurden 44,90 M. ausbezahlt. In der Ortsgruppe verblieben 166,25 M. Pöhlke Krieger von Zell hielt noch einen kurzen Vortrag. Da wir für die Ortsgruppenmitglieder noch eine Einkaufsgesellschaft gegründet haben, erprobte der Vorsitzende derselben einen kurzen Bericht. Daraus ist zu entnehmen, daß im verfloffenen haben Jahre an Milch 16 560 Liter à 17 Pfg. eingekauft wurden; dieselbe wird pro Liter zu 19 Pfg. an die Mitglieder abgeleitet. Da das Liter hier 22 Pfg. kostet, so haben unsere Mitglieder dadurch insgesamt 496,80 M. profitiert. Dies macht insgesamt im Jahre einen Reingewinn von 993,60 M. aus. Eine Lohnbewegung mußte bis Eintritt einer besseren Konjunktur zurückgestellt werden. Die Mitglieder der Ortsgruppe mögen sich in Zukunft mit etwas größerem Eifer an Verbandsleben beteiligen.

Bamberg. Vielen in den hiesigen Textilbetrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen wird der Besuch bei der Regel an den Wochentagen stattfindenden Betriebsversammlungen dadurch erschwert, daß sie stundenweit von ihrem Beschäftigungsort wohnen. Um nun diesen Arbeitern Gelegenheit zu geben, auch etw. bei der Befreiung der christlichen Gewerkschaften zu haben, wurde im Vorstand beschloffen, an den Sonntagen des Fastenzeit in den umliegenden Ortschaften mit Textilarbeiterbevölkerung größere Versammlungen abzuhalten. Der Anfang wurde damit am 20. Februar gemacht. Es war eine Versammlung in dem etwa eine Stunde von Bamberg entfernt liegenden Orte Hallstadt abberaumt, die einen über alles Erwarten imponanten Verlauf nahm. Die oberen Räumlichkeiten der Brauerei „Zum Schwan“ waren lange vor Beginn der Versammlung dicht gefüllt mit Kollegen und Kolleginnen aus Hallstadt, Oberhaub, Sandelsheim, Kemmen usw. Von Bamberg und Gaufradt hatten sich allein über 100 Gewerkschaftler eingefunden. Es muß dieses lobend erwähnt werden, umjomecht, als eine stattliche Anzahl dieser Mitglieder noch am Sonntag vorher eine einständige Bahnfahrt nach Zell a. M. mitgemacht hatten, um dortselbst auch einer Versammlung mitanzuwohnen zu können. Die Versammlung, in welcher von Kollegen Räder über die von den Gegnern angeordneten Kampfmittel referiert wurde, hat zur Festigung des Organisationsgedankens viel beigetragen.

Cornelinsmünd. (Zarbes Bericht.) Wenn wir auch wenig über unsere Ortsgruppe und unsere Versammlungen im Organ berichten, so glauben wir doch, von Zeit zu Zeit mal eine kurze Mitteilung über das Verbandsleben hier am Orte bringen zu müssen. So sind jetzt bei Gelegenheit unserer Generalsversammlung wieder 150 M. aus dem diesjährigen Jahre nicht bezugsamt, aber einen besonderen Mitgliederanwachsung betrieht zu können. Es wird dieses für die nächste Zukunft auch wohl kaum zu erwarten sein, da die Zahl der noch organisationsfähigen Textilarbeiter hier nicht besonders groß mehr ist. Manchem hatten wir einige Reueaufnahmen zu verzeichnen, die aber dadurch wieder ausgeglichen werden, daß einige andere

### Zwei Geschichten.

#### Von Frau S. J.

Umlängst las ich eine Geschichte. Sie betrafte ein argeres und zugleich. Und der Berger hielt der Herrlichkeit die Jagd. Vielleicht geht es wieder weiter, wenn ich jetzt die kleine Erzählung wiederlese.

Wahrscheinlich auf jener Bergwiege junge Erlensäume, nicht beizubringen. Schämt und freit freude der eine entsetzt: sein seine Wunden grüden in der Brust. Ein armer Krüppel, bang der andere sah mühsam in die Höhe. Er stand oben in heimgen Boden, sah wie es oft im Menschenleben geht, um Heberitus und Rot eng bei einander wohnen. Einmal Tages nun, da der Sturm wüthte, schloß er über die Höhen herab und in totem Stille beherrschte, geistlich dem armen Waisen gar Schick von dem unabhängigen Geistes. Er schloß und schloß das schwache Ding, daß es zu sterben meinte. Sicher wäre sein Untergang bezeugt gewesen, wenn nicht der Herr, welcher Geistes neben ihm um Schick und Güte genährte. Wände konnte er sich an dessen Stimm geleitet und in vor völliger Entzweiung Halt gefunden. Und der Erlöse was geschick die Kap, die er gar nicht als Waise gefühlt, bis er gewahr wurde, daß sie keine vornehmliche Kraft hätte und ihn niederließ. Aber da war es zum Abschieden zu sein. Hoff hatten die Jünglinge sich einander versprochen. Jetzt mußte er aufgeben. Und so wurden die beiden Eelen alt und grau.

In ihrem Schicksal aber trübten das Jähren zwei frische Anaben. Die lebten in und mit der Natur. Die beiden Anaben, die sich so eng umschlungen hielten, wußten ihren Mann und Frau. Und der eine der Jungen war der „Frau“ genannt. Das sagte er dem Anaben merden können ohne sie, sagte er oft genug. Aber der andere fand es gar, daß die beiden zusammengehörten und plauder, daß aus beiden etwas ganz werden können, wenn sie auf gleichem Boden gewachsen wären.

Als die Worte der Anaben sich hinter dem Strahlen geschoben und sie ins tiefe, klüden Leben hinabschauten, kamen sie aneinander — jauchzend. Dem einen erwiderte die Stellung seiner Eltern das Schicksal. Und danach fand er seine Bestimmung auf erwiderten Arbeit — als Jagdbühner. Der andere ward Schatzbestreuer. Als die Jagdzeit hinter ihm lag, ward ihm die Schatzbestreuer zu eng. Er konnte und wollte mehr, als es bei ihm zu tun gab. Daraus in der großen Stadt und er geriet in — in der Verführung. Die

schlafenden und gleichgültigen unter seinen Kameraden wachen und zumwachen. Sie anieren und begreifen für das Umarmen ihres Standes, zu spielen, zu kämpfen, wenn es sein mußte, daß ward eine große Lebensaufgabe.

Da hörte auch der Freund wieder von ihm — durch die Zeitung, die häufig in ihren Spalten von Arbeitsergebnissen berichtete. Und die Schicksale rante ihn, den beiden Jugendgezeiten wiederzusehen, bei dem eigenen Anab den Anab gefunden. In den neuen Anaben wollte er ihn annehmen. Das hat er denn auch getan. Aber als er dann in dem „Heim“ seines Freundes fand und sah, daß es kein Heim war, kam es ihm nicht, legte es sich wie ein Alb auf seine Seele. Wie mußte sein Franz, der jünger, nebenherbei den Anab, unter diesem Schicksal, dieser Anordnung und Verurteilung, wie sie sich in der Danksagung, bei Anab und Kindern ihm offenbart hatte, leiden. Das mährte, schmerzliche Weis war also die letzte Lese, wie sie im Heimabend gelehrt.

Das heißt wunderbar der junge Lehrer nun zur Arbeit, wogin ihn die Frau gerieten. Da fand er einen neuen, jüden Mann, mit ergründetem Sinn, hundertgelehrter Sinn und feinen Augen. Der in hundert, in hundert Arbeit die Enttäuschung seines Lebens zu unterwinden mußte. Zwei Stunden waren die glücklich miteinander. Franz erwiderte Senas Namen nicht, und der andere wagte nicht an die Wände zu rühren, die er sitzen sah. Aber beim Abschied brach der Schicksal um den anderen Freund bei ihm durch. „Doch du denn nicht getan, sie zu dir einzuweisen?“ hat er nur gesagt. Und so jäh war nachher, in voll ungelöster Traurigkeit in die Heimat zu gehen. Nicht habe ich unterrichtet gelassen. Alles umsonst. Wie geht es jetzt zu, wie dem Erlösbaum auf der Bergseite. Weißt du noch?“

Das ist die Geschichte, die ich gelesen. In die Antwort des Mannes, der eine Frau, aber in ihr keine verheiratete Schicksal hatte, der hätte, wie seine Ehe ihn nicht weiter anweisen ließ, sondern niederbrach, nicht erwiderte? Und das Schicksal: auch und genug auch viele Erfahrungen an weihen, daß nicht er allein solche daß trägt, daß es viele gibt, die der einen gleichen. Das wir Frauen und Mädchen doch niemals ohne Schicksal auf uns haben wollen, Schicksal zu können, so wir sie nicht immer und gewöhnlich vorher können, nicht in der Form des Schicksal und in der Form der Verführung, als wenn wir in unserer Organisation. Wenn wir nicht alle der Schicksal ihrer Verantwortung was können: es gibt ein „Schicksal“ Empor für uns.

Aber ich weiß noch eine Geschichte. In der Mauer meines kleinen Gartens ranke ein mächtiger Brombeerstrauch empor. Er gedieh vortreflich; denn er hatte Licht und Luft die Menge, trant Tau und Regen, und Raum zum Ausbreiten war über genug. Nicht weit von ihm hatte sich ein bescheidenes, schmähliches Flehobappeln angelehnt, und ich meinte mich schon auf die Zeit, da es blühen würde. Doch ich hatte die Rechnung ohne den Wirt, d. h. in diesem Falle ohne den Brombeerstrauch gemacht. Der gönnte dem kleinen Ding aber auch rein gar nichts. Licht und Luft und Feuchtigkeit nahm er ihm mit seinen wuchernden Blättern und gierigen Wurzeln fort, so daß es keine Blüte entwickeln konnte und wie in großer Traurigkeit das Köpchen hängen ließ. Dabei schaute der flehobige Geißel noch verächtlich auf das Flehoda herunter, trotzdem er die Schuld an dessen elendem Zustande trug. Eines Tages nun grub ich es mit meinen Wurzeln aus und brachte es an einen guten sonnigen Platz. Wie es sich da aufrecht und wuchs und erstarkte. Und bald durchzog der seine Luft des Pfanzleins die Gartendeck.

Das ist meine Geschichte. Hat nicht auch sie unzählige Male ihre Parallele im Leben? Gibt es nicht Männer genug, die der Frau bezeugt jede Möglichkeit eines geistigen Aufstiegs ab? Den, die es nicht für nötig halten, ihrer Lebensgefährtin, ihrer Schwester, ihrer Kollegin von dem zu reden, was in unserem Stande an Kämpfen ringt und daß unser schwachen Körper und Kämpfen sich eine neue Befreiung der Dinge vorbereitet; die die Frauen und Mädchen an ihrem geistigen Leben nicht teilhaben lassen wollen, selbst wenn bei jenen der Stand und Wille zur lebendigen Mitarbeit rege ist; die dann doch verächtlich über die „dummen Weiber“ lächeln, wo immer sie können? Wir haben manche Frauen unter uns, die darunter litten, daß ihre erziehligen Bemühungen, dem Manne eine verheiratete Geistesfrau zu sein, keinen Anklang finden, die auch von sich selbst sagen können: „Ich habe nichts unterrichtet gelassen.“ Es war alles umsonst!

Und das eben hat mich beim Lesen der ersten Geschichte geangert, daß wieder, wie so oft, nur der Schuld der Frauen, nicht aber auch der Schuld der Männer gedacht wurde, die vielleicht noch schwerer nicht, weil sie diejenigen beruht, die als die bewährten Erzieherinnen der kommenden, der Jugend, der Zukunft, nicht genug des Wissens und Verheißens haben können.

Mitglieder durch Wegzug, Tod usw. aus unserer Ortsgruppe ausgeschieden. Austritte infolge der Beitragsrückzahlung hatten wir nicht, wohl aber zählten eine gute Anzahl unserer Mitglieder freiwillig noch in einer höheren Beitragsklasse. Die Einnahmen sind demnach erheblich gestiegen, die finanziellen Verhältnisse unserer Ortsgruppe gut. Vorstand und Vertrauensmännleinungen hatten wir im Laufe des vergangenen Jahres eine ganze Anzahl, ebenso fanden unsere Mitgliederversammlungen regelmäßig statt. Letztere waren leider durchweg nicht besonders gut besucht. Die Kolleginnen blieben fast ganz fern. Vier wäre es doch endlich mal an der Zeit, daß einige beehrte Kolleginnen ihre Zurückhaltung und ihre falsche Scheu ablegen und den anderen mit gutem Beispiel vorangingen. In einer der letzten Versammlungen hielt Herr Dr. Schilling einen äußerst lehrreichen Vortrag über Gesundheitspflege. Selbst Träger von Gichtanfällen sprachen uns da ihre Anerkennung und ihre Erinnerung aus. Unsere Bibliothek, die aus etwa 50 Bänden besteht, wird noch viel zu wenig benutzt. Andererseits läßt sich doch nicht verkennen, daß sich wenigstens bei einem Teil unserer Mitglieder, der gesellschaftliche Gedanke immer mehr vertieft. Also, es könnte manches hier am Orte besser sein, aber wir haben auch keine Ursache, den Mut zu verlieren. Die Bezugszahl der höchsten Textilarbeiterkassette hält treu und fest zum Verband und liegen die einzelnen Ortsgruppen, auf denen unsere Mitglieder verteilt sind, nicht so weit auseinander, es würde sich wohl vielleicht manches machen lassen, wozu wir keine Zeit haben müssen.

Auf der am Sonntag, den 13. Febr. abgehaltenen Generalversammlung erging als Vorstandsmitglied aus der Wahl hervor Herr Dr. Grotzer, Peter Ditzel, Christian Weidmann und Maria Weidmann; als Vertrauensmännlein: Siegfried, Mathias Köpfer und Joh. Peter. Unser Bericht, der Herr Grotzer sprach, wurde über die heutige Situation im Reichener Bezirk, über die Arbeit und die Bewegungen unseres Verbandes. Es wurde dann noch eine neue Kommission zum gemeinsamen Aufnahmewahl gewählt, bestehend aus den Kollegen Herrm. Ditzel, Joh. Siegfried und Johann Weidmann. Mitglieder, die sich im Zukunft daran beteiligen, mögen sich bei einem dieser Kollegen melden.

**Jahresbericht.** Aus dem in unserer Generalversammlung erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß im Jahre 1909 zusammen angenommen wurden 79,75 M. Der Ortsgruppenkasse verblieben davon 101,91 M. An Krankenkassenunterstützung wurden ausbezahlt 104,75 M. An die Zentralkasse wurden abgeführt 591,64 M. Der Mitgliederbeitrag betrug am 1. Jan. 1909 36 Mitglieder, am 31. Dez. 1909 45 Mitglieder. Es wurden abgehalten vier Generalversammlungen, vier öffentliche, acht Mitgliederberatungen und sechs Vorstand- und Vertrauensmännleinungen. An einem sozialen Unterrichtskursus beteiligten sich 15 Kollegen. Die Wahlen ergaben folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Kollege Köpfer, zweiter Vorsitzender Kollege Grotzer, Kassierer Kollege Ditzel, Schriftführer Kollege Siegfried. Referenten die Kollegen Siegfried und Ditzel, Kartelldelegierte die Kollegen Siegfried, Ditzel, Köpfer, Siegfried, Siegfried und Ditzel, Delegierte zum sozialen Aufnahmewahl die Kollegen Siegfried und Ditzel, Mitglieder der Kommission für die Wahl der Mitglieder der Zentralverwaltung die Kollegen Siegfried, Ditzel, Köpfer, Siegfried und Ditzel. Die Mitglieder der Kommission für die Wahl der Mitglieder der Zentralverwaltung sind die Kollegen Siegfried, Ditzel, Köpfer, Siegfried und Ditzel.

**Zukunft.** Den in unserer letzten Generalversammlung vom Schriftführer und vom Kassierer erstatteten Bericht entschlossen wir, daß im nächsten Jahre 23 Versammlungen und Sitzungen abgehalten werden. Die Gesamteinnahme betrug 101,91 M. An Krankenkassenunterstützung wurden 104,75 M. an Arbeitslosenunterstützung 79,75 M. und an Steuerunterstützung 40 M. ausbezahlt. Es verblieben in der Ortsgruppenkasse 229,92 M. An die Zentralkasse wurden abgeführt 591,64 M. Nach einem beifällig angenommenen Referat des Vorsitzenden, Kollegen Siegfried, über die Forderungen der christlichen Gewerkschaften wurden die Verhandlungen genehmigt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Siegfried wiedergewählt. Als Vorstand für den abgelaufenen zweiten Vorsitzenden Kollege Siegfried und als zweiter Schriftführer Kollege Siegfried und als Kassierer Kollege Siegfried. Als Referenten die Kollegen Siegfried und Ditzel, Kartelldelegierte die Kollegen Siegfried, Ditzel, Köpfer, Siegfried und Ditzel.

**Wahl der Ortsgruppe.** Einen guten Besuch hatte unsere Generalversammlung zu verzeichnen. Der Jahresbericht hat folgenden Inhalt: Mitgliederzahl zu Anfang des Jahres 363, am Schluss desselben 333, Abgang 23 Mitglieder. Der Abgang ist hauptsächlich entstanden durch Wegzug, der namentlich wegen der letzten Wahlen erfolgt. Neuaufnahmen im vergangenen Jahre 53, Austritte 39. Mitgliederberatungen zehn, zwei Arbeiterinnenversammlungen; außerdem wurden noch drei öffentliche Versammlungen abgehalten. Kartellunterstützungen fanden 12 und Vorstandsleistungen 10 statt. Im Laufe des Jahres wurde eine Hausorganisation abgehalten, die uns, wenn auch keine große Anzahl Neuaufnahmen, doch eine innere Festigung der Mitglieder in der Ortsgruppe brachte. Das geht sich recht deutlich bei der roten Höhe gegen unseren Verband und gegen unsere Führer. Lohnbewegungen und Streiks der Arbeiterkassette in Ortsgruppengebiete wurden vom Kartelldelegierten Kollege Siegfried geleitet, ebenso das Unterhaltungsvereins, wie Kranken-, Arbeitslosenunterstützung. Daher kann unterseits kein Bericht darüber erfolgen. Zur Schulung und Bildung der Mitglieder war der Vorstand bemüht, geeignete Broschüren zu beschaffen und an die Mitglieder zu verkaufen. Das Studium einer guten Gewerkschaftsliteratur ist für einen Gewerkschaftler unbedingt notwendig.

An den Jahresbericht schloß sich eine lebhaft und anregende Diskussion. Hier wurden die Mängel und Fehler bei der Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppe einer Kritik unterzogen und viele beachtenswerte Anregungen für die Zukunft gegeben.

Es folgte jetzt der Kassierbericht, woraus ersichtlich war, daß auch in unserer Ortsgruppe eine Anzahl Mitglieder, darunter viele Kolleginnen, freiwillig die höchsten, zu höchsten Beiträge leisten, die unser Statut vorschreibt. Köpfer ist allen zur Nachahmung dienend. Die Mitglieder erklärten, Kassee, Ditzel und Siegfried in höchster Ordnung beizubehalten zu haben. Dann wurde dem Kassierer Entlassung erteilt.

Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der Kollege Herr. Köpfer als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. An Stelle des bisherigen Schriftführers, der sein Amt niedergelegt hat, wurde der Kollege Siegfried gewählt. Zu Beisitzern wählte die Versammlung die Kollegen Aug. Ditzel, Siegfried, Köpfer und Joh. Köpfer für zwei, Herr. Siegfried und Joseph Bergmann für ein Jahr. Alle nahmen die Wahl dankend an. Als Kartelldelegierte wurden bestimmt die Kollegen Herr. Siegfried, Joseph Bergmann, Franz Köpfer und Herr. Köpfer.

Wie im vergangenen Jahre, so soll auch in diesem Jahre in allererster Linie eine gut vorbereitete Hausorganisation abgesehen werden. Mehrere Kollegen meldeten sich freiwillig. Der Erfolg ist ein sicherer und guter, wenn alle Kolleginnen und Kollegen die gute Sache kräftig unterstützen.

**Schluss.** In der Generalversammlung unserer Ortsgruppe waren nahezu alle Mitglieder zugegen. Die Vorstandswahlen ergaben eine Wiederwahl aller bisherigen Vorstandsmitglieder. Kollege Siegfried von Zell hielt einen Vortrag, worin er das Verhalten der sozialdemokratischen Beamten bei der vorjährigen Lohnbewegung richtig kennzeichnete. Mögen die Gewerkschaften uns auch noch so bekämpfen und verhasst werden, werden sie uns niemals. Den Mitgliedern

unserer Ortsgruppe rufen wir zu: Verbt trotz aller Gegenwehr der Genossen neue Kollegen und Kolleginnen für unseren Verband.

**Schlüssen.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 27. Januar statt. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden erstattete der Schriftführer nach Vorlesung des Protokolls den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Unserer Tätigkeit: Verhandlungen mit der Betriebsleitung zwecks Erzielung einer verlängerten Mittagspause. Teilnahme an der Fortsetzung der Betriebskassette. Erfolg: Wir erhielten drei Delegierte zur Generalversammlung und ein Vorstandsmitglied. Die Ortsgruppe nahm auch Stellung zur Bierpreishöhung und beschloß, sich dem Vorwort anzuschließen. Eine von uns veranfaßte Abendveranstaltung, an der sich die gesamte christliche Arbeiterkassette beteiligte, nahm einen schönen Verlauf. Ebenso ein Ausflug nach Aulst (Walden), der gemeinsam mit den Gewerkschaftsmitgliedern von Zell und Rheinthal unternommen wurde. Innerer Tätigkeit: Die Zahl der abgehaltenen Vorstandssitzungen betrug 12, die Zahl der Mitgliederberatungen 9. In letzteren wurden nachstehende Themen behandelt: Kartell, das Krankenversicherungsgesetz, die Lohnunterstützung, die Reichsversicherungsgesetzgebung, die Preise des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, die christlichen Gewerkschaften und die politischen Parteien, der Mittelstand und seine Folgen. Die Ortsgruppe beteiligte sich ferner an der Bezirkskonferenz in Göttingen sowie an einer Konferenz für die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmännlein in Wülshausen. Nach Erledigung des Geschäftsberichts wurden noch die Vorbereitungen zur bevorstehenden Hausorganisation getroffen. Wir möchten an dieser Stelle noch einen warmen Appell an unsere Mitglieder richten, sich zahlreich an denselben zu beteiligen.

**Kassierbericht.** Am 30. Jan. fand unsere Generalversammlung statt. Nach Erledigung des Kassierberichts erstattete der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Das Resultat der Vorstandswahl war folgendes: Als erster und zweiter Vorsitzende, erster Kassierer, erste Schriftführerin und Vertrauensmännlein wurden die Alten einstimmig wiedergewählt. Neugewählt wurden erstens ein zweiter Kassierer, Kaspar Jöcher, eine zweite Schriftführerin, Magdalena Steger, dann zwei Beisitzer, zwei Kartelldelegierte und zwei Vertrauensmännlein. Als Kartelldelegierte wurden wiedergewählt die Kollegen Siegfried und Siegfried, neugewählt wurde die Kollegin Regina Weidner.

**Kassierbericht.** Trotz des obwaltenden Carnevalsfeierns wurde die auf den 6. Februar einberufene christliche Gewerkschaftsversammlung äußerst gut besucht. Kollege Siegfried erstattete als Vorsitzender die Versammlung und erzielte Kollegen Siegfried und Siegfried das Wort zu seinem Referat. Köpfer behandelte das Thema: „Rückblick und Ausblick in der Arbeiterbewegung“. Köpfer kritisierte die Maßnahmen des Sozialismus, das System der sogenannten schwarzen Listen, die Arbeitbarkeit der Frauen sowie die Arbeitergeheimnismittel. Desgleichen ging der Referent mit den gelben Gewerkschaften und dem Handabund ins Gericht. Nachdem er noch den Terrorismus von oben und von unten in genügender Weise gekennzeichnet hatte, schloß Köpfer mit einem warmen Aufruf, sich der christlichen Gewerkschaft anzuschließen und aufklärend zu wirken, seine Ausführungen. Zur Diskussion meldeten sich die Herren Siegfried-Siegfried und Siegfried Hermann-Worms, welche die Ausführungen des Referenten noch ergänzten.

**Vortrag.** Einen anregenden Vortrag nahm unsere Generalversammlung. Nach der Protokollvorlesung gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Wenn wir uns darauf beschränken müßten, unsere alten Mitglieder zu halten, so wären hier verschiedene Ursachen maßgebend, so die Verzögerung, die rote rage wegen der Finanzreform, die Landtagswahl in unserem politischen Weltwinkel, aber auch der allgemeine Metallarbeiterstreik. Wie die beiden Genossen uns helfen und helfen, haben sie anläßlich einer Fabrikversammlung zur Sprache gebracht und zwar so, daß sich unser Vorsitzender genötigt sah, Bescheidungsfragen zu erheben. Dem Kassierer, der die Abrechnung des vierten Quartals und die des ganzen Jahres vorlegte, wurde auf Antrag der Referenten Entlassung erteilt. Die erforderlichen Wahlen wurden schnell und glatt erledigt, indem alle wiedergewählt wurden bis auf die Kassierentoren. Zum Kartelldelegierten erhielt unser Beisitzer Siegfried, Kollege Siegfried, das Wort, der uns in längerer Ausführungen manche praktischen Räte und wertvolle Anregungen gab. Zum Schluss hob der Vorsitzende noch hervor, daß wir uns alle geloben sollten, in dem neuen Jahre nach besten Kräften für die christliche Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein.

**KB.** Die Unterhaltungen werden in Zukunft nur noch Sonntags von 11-1 Uhr beim Kassierer, Kollege Siegfried, Bergstraße 26, ausbezahlt.

**Zeit u. W. Vorwärts geht es wieder mit unserer neuen Ortsgruppe.** Trotzdem von Seiten verschiedener Personen unserer Organisation Vorwürfe zwischen die Beine geworfen werden, ist doch seit letzter Zeit ein sehr angenehmer Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. In einer am 13. Febr. abgehaltenen gut besuchten Betriebsversammlung, in der Kollege Müller aus Bamberg über das Thema: „Selbstunternahmestag und Lohnausfall“ referierte, wurden unserem Verbande 16 neue Mitglieder zugeführt. Die sehr lebhaft diskutierte Diskussion lieg erkennen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiterkassette von Zell und Umgebung nicht die besten sind. Schlechte Löhne und hohe Steuern stehen hier auf der Tagesordnung. Auch die Behandlung läßt noch viel zu wünschen übrig. Hoffen wir, daß mit Hilfe der Organisation diese Mängel bald aus der Welt geschwunden werden. Je früher sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Verbände anschließen desto eher werden wir zu erträglichen Verbesserungen kommen.

**Aus unserer Industrie.**

**Ueber den Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe im Monat Januar**

schreibt das „Reichsarbeitsblatt“:

Nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller beeinträchtigen die ungeheuren Kursschwankungen der Baumwolle auch im Januar die schlesische Baumwollweberei ungünstig. Es herrscht Mangel an Rohstoffen, so daß teilweise zur Verabreichung der Arbeitszeit gezwungen werden mußte. Aus Mittel- und Süddeutschland lauten die Berichte meist zufriedenstellend, aus Süddeutschland weniger befriedigend.

Die Lage der schlesischen Wollwaren- und Leinwandindustrie hatte sich nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller gegen den Vormonat verbessert.

Für die Spinnereien liegen Berichte aus Sachsen, Hannover, Schlesien, Oberbayern und Böhmen vor. Die Nachfrage eines Berichtes aus Hannover, der günstig lautet, sprechen sich die übrigen

Berichte ungünstig aus. Der Verband der rheinisch-westfälischen Baumwollspinner entrollt folgendes Bild: „Durch den im ersten Drittel des Monats Januar eingetretenen erheblichen Rückgang der Baumwollpreise ist die Lage der Spinnerei noch trostloser geworden, als sie am Jahreschlusse schon war. Auch die Einführung des zehnjährigen Arbeitstages trug nicht unwesentlich zur Erhöhung der Gestehungskosten bei.“

Die Tuchfabriken waren normal beschäftigt. Aus dem Rheinlande spricht eine Firma von einem sehr guten Beschäftigungsgrade. Die Fabriken überboten sich gegenseitig in den Löhnen, um Störungen in der Fertigstellung der Waren zu vermeiden.

Die verschiedenen Zweige der Cresfelder Seidenindustrie waren ungefähr in dem gleichen Umfange wie im Vormonate beschäftigt. Die Nachfrage nach Seiden Sammetbändern ließ die Stühle, die hinfällig waren, gut arbeiten, während die Stühle für schmales Sammetband nur halbe Tage liefen.

Die Strick- und Wollwarenindustrie war nach Angaben aus Schlesien und Groß-Berlin gut beschäftigt; der Beschäftigungsgrad überstieg den des Vormonats. Dahin spricht sich auch ein Bericht aus Stuttgart bezüglich der Textilwarenindustrie aus.

Spinnereien berichten über eine unbewusste Besserung gegen den Vormonat, eine Spinnerei für wolleue und baumwollene Strickgarne äußert sich dahin: Die Beschäftigung im Monat Januar war recht lebhaft, wenn sie auch gegen den Vormonat infolge der milden Witterung etwas zurückblieb. Immerhin überholten die Umsätze diejenigen des gleichen Monats 1909. An Arbeitskräften bestand Mangel.

Die süddeutschen Rohwollspinnereien hatten nach einem Berichte des Verbandes deutscher Rohwollspinner, München, normal zu tun, obwohl eine kleine Beschlechterung gegen den Vormonat nicht zu verkennen ist.

In der Plauerer Spitzenindustrie war die Lage befriedigend. In gewissen weiblichen Arbeitskräften war außergewöhnlicher Mangel. Die Spitzenmacher waren in eine Lohnbewegung eingetreten und erzielten auch in einer größeren Anzahl von Lohnforderungen und Fabrikbetrieben eine Lohnerhöhung.

Für die Berichterstattung der Betriebskrankenkassen in der Textilindustrie kommen 95 695 Krankfälle und 107 475 weibliche Mitglieder in Frage. Gegen den Bestand am 1. Januar 1910 war im Berichtsmoate bei den versicherungspflichtigen Mitgliedern ohne Kontrolle eine Erhöhung von 336 bzw. 1858 zu verzeichnen.

**Gewerkschaftliches.**

**Aus unseren Verbänden.**

„Christliche Schwindeln.“ Unter dieser Schlagmarke macht durch die sozialdemokratische Presse („Vorwärts“, „Düsseldorfer Volkszeitung“, 23. Febr.) eine Korrespondenz-Kolonne die Kunde, in der es zum Schlusse heißt:

„In Bamberg entfaltete der Deutsche Textilarbeiterverband unter den dortigen schiedsrichterlichen und elend bezahlten Textilarbeitern gegenwärtig eine lebhafteste Agitation, um sie für die Organisation zu gewinnen. Das ergreift uns wie immer — den Reich der christlichen Organisation. Durch solches Aufschneiden und Schwindeln wollten sie den Deutschen Textilarbeiterverband als leistungsunfähig hinstellen und in Mitleid bringen. Sie bräuteten sich, durch ihr Eingreifen die Zurückziehung einer Feuerungszulage verhindert zu haben. Diese Schwindeln sehen nun die Mechanische Seilerwarenfabrik, wo die christliche Organisation diese großen Erfolge erreicht haben wollte, einen recht unangenehmen Dämpfer auf, indem sie im dortigen Zentrumskomitee erklärte:

„daß die Durchführung der einmal eingeführten zehnjährigen Feuerungszulage feststehender Grundbesitz ist und deren Zurückziehung weder von der Direktion, noch vom Aufsichtsrat angeordnet wurde. Es ist also nicht zutreffend, daß die Weitervervielfachung dieser Feuerungszulage erst der Tätigkeit der christlichen Textilarbeiterverbandes zu verdanken ist.“

Die Christlichen bleiben ihrem alten Grundsatze treu: sie lägen wie die Texten und Schwindeln aus Prinzip.“

Es spricht aus dieser Kolonne die seit langem von den Genossen zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften angewandte Methode, Erfolge der letzteren ganz wegzuleugnen oder gar als Niederlagen hinzustellen. In diesem Falle bedienen sie sich ihrer schändlichen Handlungsweise, die am letzten Ende doch nur den Unorganisierten und Unternehmern zugute kommt, diese Kräfte, die als Gründer und Drahtzieher „gelber“ Werksvereine und als Feind jeder selbständigen Arbeiterbewegung in Bamberg und weit darüber hinaus bekannt ist. Es spricht für die ganze Verkommenheit der sozialdemokratischen Presse, daß sie unwarhre Behauptungen von ihrem schandlichen Unternehmern als Evangelium von ihren Lesern vorsetzt, um den gegnerischen Arbeiterorganisationen am Zeug zu fäden.

Die Erklärung der „Mechanischen Seilerwarenfabrik“ ist von A bis Z unzutreffend. Weder in der „Mechanischen Baumwollspinnerei“ und „Weberei Bamberg“ noch in der „Mechanischen Seilerwarenfabrik“ war die Verbedingung der eingeführten zehnjährigen Feuerungszulage feststehender Grundbesitz. In beiden Betrieben wurde seinerzeit durch Anschlag bekannt gegeben, daß die zehnjährige Feuerungszulage nach Verabreichung der täglichen Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden in Wegfall kommen sollte. Erst dann hat man nach Herabminderung der Arbeitszeit diese Zulage weiter fortbezahlt, nachdem von Seiten des christlichen Textilarbeiterverbandes durch öffentliche Versammlungen und durch Annahmepetitionen der Tagespresse das Verlangen der Arbeiterkassette vertreten worden war. Wenn die Arbeiter vor einer empfindlichen Einbuße an Löhne behauptet blieben, die ganz besonders schmerzhaft empfunden worden wäre nach der Einführung einer kürzeren Arbeitszeit, so ist dieses ein unabweisbares Verdienst des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter.

In Bamberg ist infolge dieser Bewegung die ganze „gelbe“ Textilindustrie zum Stillstand gekommen. In diesem Zeitraum waren mehr als 800 Arbeiter vom christlichen Textilarbeiterverbande bei. Das ergreift — wie immer — den Reich des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, und nun

erst befaßt er sich darauf, daß auch für ihn vielkloß in Bamberg was zu holen sei. Bei allen Aktionen kam er dem christlichen Verbands elend nachgehinkt. Darum sucht er in Gemeinschaft mit der „Mechanischen Seilerwarenfabrik“ durch „solches Aufschneiden und Schwindeln“ dem christlichen Textilarbeiterverbande den Erfolg streitig zu machen.

**Wo stehen die Denunzianten? Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften brachte im Jahre 1908 aus der Feder des sozialdemokratischen Demagogen und Schlangennemmenschen Hue zwei Artikel, deren Tendenz dahin ging, die christlichen Gewerkschaften als „antichristlich“ und „revolutionär“ zu charakterisieren. Hue wollte die nach Rürich vorhandene Situation gegen die christlichen Gewerkschaften ausnützen. Die beiden Nummern des Korrespondenzblattes wurden angegriffen den deutlichen Büchlein zugeleitet. Im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften wurde das sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt darauf angepaßt, und nun macht es in der Nummer vom 29. Januar folgende interessante Mitteilung. Die betr. Nummern des Korrespondenzblattes hätten „gerade in christlichen Kreisen das allergroße Interesse gefunden“, das sich „in zahlreichen Bestellungen“ äußerte.**

„Von einer Stelle der „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung wurde sogar eine größere Anzahl Nummern zum Buchhändlerpreise bezogen.“

Welche Stelle in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung kann ein Interesse an einer Umwidmung der christlichen Gewerkschaften bei dem deutschen Episkopat haben? Nur allein die Zentralkasse von „Sich Berlin“. Sie hat die „größere Anzahl zu Buchhändlerpreisen“ bezogen, um auf Grund des sozialdemokratischen Agitationsmaterials die Büchlein gegen unsere Bewegung einzunehmen. Derselbe Zentralkasse jammert über „gemeinamen Verdrüßungskampf der „freien“ und christlichen Gewerkschaften gegen die „katholischen Arbeiterorganisationen“ für eine solche Handlungsweise haben wir nichts anderes als ein kräftiges „Fu!“

**Wo stehen wir im Gewerkschaftsstreit? Der Umstand, daß in den letzten Wochen recht lebhaft die Frage erörtert wurde, ob eine Beilegung des Streites zwischen katholischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften bald zu erwarten sei, veranlaßt einen Kenner der Arbeiterbewegung, in der „AöA. Volksztg.“ einen Artikel zu veröffentlichen, der die Kernpunkte der Meinungsverschiedenheiten der beiden Richtungen und die Möglichkeit eines Friedens klar und präzise herborhebt. Wir heben die Hauptpunkte des Artikels heraus, die sich mit unserer in Nr. 6 dieser Zeitung ausgesprochenen Meinung decken, daß ein grundsätzlicher Frieden zwischen beiden solange nicht plausibel könnte, als die „Berliner“ an ihrem System festhalten. Das was hier des näheren ausgeführt.**

„Es handelt sich bei dem Streite nicht um den allgemeinen Willen, sondern um die Spezialfrage der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die christlichen Gewerkschaften wollen ihre diesbezügliche Interessenvertretung verwirklichen auf dem Wege der Selbsthilfe und auf dem Boden des gegenwärtig geltenden Rechts. Viele Lösung der Frage schließt den Streik, auch unter Umständen den Angrißstreik, notwendig ein und verlangt auch einen dementsprechenden Ausbau der Organisation (Selbständigkeit der Organisation, Mittel zur Durchführung des Streiks, das Streben, die Allgemeinheit der Gleichberechtigten im Verbands zu erlassen usw.). Die Fachabteilungen verwerfen diese Selbsthilfe und verneinen damit das Wesen des Gewerkschaftsgebanten, wie ihn die Allgemeinheit in Willenshaft und Praxis aufweist. Ihr System will die Arbeitsbedingungen in der Hauptphase regeln durch Schiedsgerichte mit obligatorischem Charakter auf Grund einer entsprechenden staatlichen Gesetzgebung, ein Zukunftsprogramm, wie jeder zugeben muß. Dabei berufen sich die Vertreter des Fachabteilungsgeantens auf die katholische Moral und bezeichnen, allerdings sächlichterweise, jeden Streik, der im Interesse auch einer berechtigten Verbesserung der Arbeitsbedingungen unternommen wird, als fittlich unerlaubt. ... Damit verneinen die Fachabteilungsvertreter die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften, und das ist ein Kernpunkt des Streites, dessen Tragweite vielfach übersehen wird. Aus dieser Stellungnahme der Vertreter der Fachabteilungen ergeben sich die weiteren Konsequenzen, die sich als ebensovielfache Gegenfrage und Verneinungen der beiderseitigen organisierten Grundlagen und Grundzüge darstellen. ... Man sieht, auf beiden Wegen kann man nicht zum gleichen Ziele kommen. Es kann sich unmöglich hier um zwei gleichberechtigte und gleichwertige Anschauungen handeln. Da kann nur der eine recht und der andere unrecht haben. Das eine System verneint das andere.“

Dann erörtert der Artikel die Möglichkeit eines „getrennt Marchieren“ und „vereinigt Schlagen“.

„Auf welchem Gebiete soll das vereinigte Schlagen stattfinden? Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen? Aber „Sich Berlin“ verneint ja die Vorbereitungen dazu. Vielleicht bei der Aufstellung von Tarifverträgen. Einsetzung von Schiedsgerichten usw.“ Dazu kommt man erfahrungsgemäß nicht ohne Lohnbewegungen oder Angrißstreiks, wenigstens sind gelegentliche Fälle seltene und belanglose Ausnahmen. Auch bedarf der Tarif und seine Einrichtungen gewisser Sicherungen, die nicht durch Unterhaltungsfragen geschwächt werden. Und wie soll das getrennte Marchieren möglich sein? Beide Organisationen wollen werden, das ist ihre Lebensbedingung; ihre Werkstätigkeit richtet sich aber an dieselben Personen.“

Es war färlig von einer Seite die Frage aufgeworfen worden, ob denn die Rücksicht auf den Interkonfessionalismus auch zu nehmen sei in solchen Bezirken, in denen die Katholiken die größte Mehrheit der christlich organisierten ausmachen; und nach vernünftiger Voraussicht auch immer ausmachen würden? Es war damit der konfessionellen Berufsbildung für die genannten Bezirke das Wort gegeben und damit einer Zerplitterung in Bezirke- und Lokalorganisationen. Darauf antwortet der Artikel:

„Diese Fragen betreffen den Charakter der christlichen Gewerkschaften, sie sind und müssen sein Zentralorganisations für ganz Deutschland. Es kann beispielsweise einem Textilarbeiterverband, der im Wesen eine Lohnbewegung führt, keineswegs gleichgültig sein, wie die wichtigsten Beschäftigten in der Konkurrenzindustrie in Sachsen oder Schlesien liegen. In einer ganzen Reihe von Gewerben sind die Tarife heute schon nationale Tarife. Damit ist der nationale Charakter der Gewerkschaften als unvermeidliche Notwendigkeit gegeben. Man verkennt also die Lage der Dinge, wenn man die Gewerkschaften beurteilt wie lokale Vereine. Das Organ der Gewerkschaften wird für die Gesamtheit aller Mitglieder herausgegeben und hat keinen lokalen Charakter. Ueber

Statuten, Geschäftsordnungen entscheidet der Vorstand, dessen Mitglieder sich aus den verschiedensten Bezirken Deutschlands rekrutieren; wichtige Fragen der gewerkschaftlichen Praxis zu entscheiden, wie etwa Streiks, umfassen die Tarife und dergleichen, ist nicht Sache der lokalen Delegiertenführer, sondern hängt vom Zentralrat ab, ab also. Für die Haltung der Gewerkschaft ist also nicht eine lokale Mitgliedschaft und ihre Zusammensetzung entscheidend, sondern das Statut und der Geist, der die gesamte Bewegung beherrscht. Die Gewerkschaft arbeitet auch überall nach dem gleichen Grundprinzip ohne Rücksicht auf die lokale Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Ein und derselbe Vorstand entscheidet für alle Gruppen der Gewerkschaft, ganz gleich, ob die Gruppe in dieser oder jener Disziplin, in diesem oder jenem Landesteil liegt. Dementsprechend würde also auch eine eventuelle Wählung einer bestimmten gewerkschaftlichen Organisation, etwa einer christlichen Gewerkschaft, diese nicht bloß in einem Bezirke treffen, sondern sie würde auch maßgebend konsequent den gesamten Verband treffen, und es würde sich auch zweifellos bei einer solchen Eventualität in seiner Gesamtheit getroffen fühlen."

Damit ist die Frage, ob recht bald Frieden zwischen beiden zu erwarten sei, gewandt beantwortet. Aber es handelt sich bei den beiden Richtungen doch um tiefgehende grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, die nur dann auf der Welt geschafft werden können, wenn die eine oder andere Richtung von ihrer Meinung abläßt. Dazu sind aber die christlichen Gewerkschaften durchsicht nicht bereit. Sie haben auf Grund ihres Programms eine erfolgreiche Tätigkeit aufzufassen können, sie hatten bereits solche Erfolge hinter sich, als einige "Berliner" Parteien ihre wertvollen Ideen bei der Arbeitererschaft anbringen versuchten. Berechtigte Bedenken, daß sie in ihrer Tätigkeit die Grenzen des sittlich und moralisch Erlaubten überschritten hätten, hat man den christlichen Gewerkschaften noch nicht machen können und auch von der christlichen Seite noch nicht gemacht. Die christlichen Arbeiter nach dem "Berliner" System auszuscheiden an die Grube und Abgründe der Unternehmern, sie von einer Mitbestimmung im Wirtschaftsleben auszuschließen und der Sozialdemokratie jenseits das Feld zu überlassen, werden die christlichen Gewerkschaften niemals mitmachen. In diesem Sinne kann es einen Frieden zwischen beiden nicht geben.

**Aus gegnerischen Organisationen.**

Die Wertverhältnisse der "Berliner" Arbeitsmethode in der Vertretung der Arbeiterinteressen ist kürzlich in Oberböhmen wieder deutlich in die Erscheinung. In dem genannten Bezirke befinden sich die Holzarbeiter in einer Tarifbewegung. Den am 12. Februar abgelaufenen Tarif wünschentlich die Gesellen mit einer Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden die Woche und mit einer Verbesserung des Lohnes um 10 Prozent zu erneuern. In dem ganzen Tarifgebiete sind in den Privat-Holzereien, für die der Vertrag Geltung hat, Sachabteilung jenseit mit der besten Brille nicht zu finden, mit Ausnahme von Gleiwitz, wo ganze sieben Sachabteilungsmänner in Frage kommen. Für diese Sachabteilung gilt der alte Tarif jedoch noch bis Juli d. J., jedoch die "Berliner" aus dieser Bewegung vollends ausscheiden. Außerdem ist dürfte sie nach Daten. Sie wollten sich einen neuen Vorbeur um das "Kriegsgeheimnis" Haupt wänden. Wie sie das anzufangen suchten, erzählt das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes also:

Als in der letzten Sitzung der Verhandlungskommission eine Besprechung über die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnhöhung nicht erzielt wurde, machte ein Vertreter der Arbeitgeber die Arbeiter hungern, den Vogen nicht zu prüfen zu können, denn es bestünde noch eine andere Organisation, die Sachabteilung der katholischen Arbeitervereine, welche ihm erklärt hätte, unter keinen Umständen den von den anderen Organisationen mit den Arbeitgebern vereinbarten Tarif anzuerkennen. "Es ist mir ein Einbild in die Mitgliederliste gewährt worden und ich ganz erkant über die Höhe der Mitgliederzahl geweien. (Diese Zahl wurde dann auf 120 angegeben.) Wenn wir also mit dieser Organisation zu einer Einigung kommen, können ihnen also bedeutende Schwierigkeiten erwachen usw."

1. die Sachabteilungen abermals versuchen wollen, denselben in ihrem Verbeben, eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, in den Händen zu fallen.
2. daß sie die Arbeitgeber mit ihrer Mitgliederzahl ganz ungeheurer angelegen haben, denn wie gesagt, sind in Gleiwitz ganze 7 Mann der Sachabteilung in Arbeitverrieben, die doch beim Tarifabschluss nur in Frage kommen, beschäftigt, und für diese besteht der Tarif noch bis Ende Juli dieses Jahres.

Glücklicherweise ist es den "Berlinern" nicht gelungen inwolge ihrer totalen Dummheit, ihre schlechten Pläne durchzuführen. Angenommen aber, es sei ihnen möglich gewesen, einen günstigen Tarifabschluss zu verzeichnen und die inbetracht kommenden Organisationen hätten sich dagegen zur Wehre gesetzt, dann würden die "Berliner" einen neuen "Sowjet" haben für die Errichtung eines Bündnisses zwischen christlichen und "freien" Gewerkschaften zwecks Vertretung der "katholischen Arbeiterorganisationen," und die "Berliner" Materialsammlung wäre von einem neuen "Seleg" reicher für die Bekämpfung, daß die christlichen Gewerkschaften in raschem Tempo ins sozialdemokratische Lager hineinmarschieren.

Ein Beitrag zur Kirch-Dauerischen Kaufbesweife. Vor dem hiesigen Schöffengericht kam am 22. Februar eine Klage zur Verhandlung, die die Kaufbesweife der Kirch-Dauerischen Käufer in treuherzig Weise behandelte. Wegen Verletzung des General-Kaufbesweifes Balbes, Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, waren der hiesige Redakteur, Herr Kreil und Hühner und der General-Kaufbesweifer, Herr Hartmann als Klagen, Käufer der Kirch-Dauerischen Gewerksvereine, angeklagt. Der Klage lag folgender Tatbestand zu Grunde:

In der "Kochener Rundschau" erschienen Ende Oktober und Anfang November 1909 zwei Artikel, welche sich mit einer Reihe des Herrn General-Kaufbesweifer Balbes befassen, die betriebe in Bayern am 17. Oktober im katholischen Arbeiterverein gehalten hatte. In dieser Rede sollte Balbes gesagt haben: Die Kirch-Dauerischen und deren vielen verbundenen Familien, die Kirch-Dauerischen sind aber noch schlechter als die Rosen. Derselben Artikel betrafen

zur Verammlung und nach der Verammlung lagen dieselben noch lange im Wirtshaus.

An diese Ausführungen, die, wie durch die Beobachtungnahme festgestellt wurde, Balbes nicht gemacht hat, hatte Herr Hartmann sehr schwere Beleidigungen gegen den Kollegen Balbes angeknüpft. Er stellte denselben hin als einen Mann, der kein reines Geistes habe, der durch rabiaten Schreien Geisteslos zu verbergen suche, als einen Mann, der dem Wahnsinn verfallen sei usw.

Auf Befragen des Herrn Gerichtspräsidenten, wie er zu solchen Ausführungen komme, erklärte Herr Hartmann, daß er sich nicht anders zu helfen gewußt habe, die Kirch-Dauerischen würden von christlicher Seite auch ständig angegriffen.

Der Präsident: Sie müssen Eingriffe in objektiver Weise, aber nicht in beleidigender Form zurückweisen. Herr Hartmann: Wie soll ich das denn machen?

Präsident: Soll ich Ihnen denn hierüber hier Beleidigungen geben? Wenn Sie in dieser Weise kämpfen wollen, wo soll das hin? Wenn Sie alle die, die irgend einmal reden, dann des Wahnsinns bezeichnen wollen, dann können wir alle Strafanhalten in Freiheit umwandeln und Sie wären der erste, der dann hincine kommt.

Die Verurteilung über die von Herrn Balbes gemachten Ausführungen in der Verammlung des Arbeitervereins brachte den Kirch-Dauerischen eine schwere Niederlage. Mit schmerzenden Knien mußten die von Herrn Hartmann geäußerten Beugen, in die Enge getrieben, eingestehen, daß Herr Balbes diese Ausführungen, wie Herr Hartmann in der "Kochener Rundschau" behauptet, gar nicht gemacht habe. Es waren dieses Zeugen von 16 1/2, 17, 17 1/2 und 21 Jahren. Die vom Gerichtspräsidenten erteilte Mahnung an Herrn Hartmann, in Zukunft bei Verurteilung von jungen Leuten vorichtig zu sein, ehe er dieses an die Öffentlichkeit bringe, war sehr angebracht.

Das Urteil lautet: Der Gewerkschaftssekretär Hartmann wird wegen schwererer Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitragsfälle für je 5 Mark zu je einem Tag Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Privatkläger wird das Recht verweigert, auf Kosten des Angeklagten das Urteil innerhalb vier Wochen in der "Kochener Rundschau" und im "Kochener Tageblatt" zu veröffentlichen. Der Redakteur Kreil wurde freigesprochen, weil derselbe den Nachweis erbracht, daß er zur Zeit, als der Artikel erschien, auf Reisen war.

**Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.**

Der Verhandlungstag des holländischen christlichen Zentralarbeiterverbandes fand am 18. und 19. Februar in Dordrecht (Holland) statt. Anwesend waren 42 Delegierten aus 14 Ortsgruppen. 4 Ortsgruppen hatten keine Delegierten entsandt. Von mehreren Verbänden nahm Seelige Deutmann-Düffeldorf an den Verhandlungen teil. Die Tagung war in diesem Jahre besonders belangreich wegen der inneren Organisationsverhältnisse, die durch den Abbruch der Einigungsbereitungen mit den katholischen Sachabteilungen eine besondere Lagerung erlitten haben. Außerdem lagen wichtige Anträge auf Veränderung des Unternehmungsverhältnisses vor. Wir können aus dem vom Vorsitzenden Berwald erarbeiteten Geschäftsbericht nur das Eine hervorheben, daß der Streit mit den "Konfessionellen" mit erneueter Heftigkeit eingeleitet hat. Der Vorsitzende sagte, man dürfe den Streit nicht unterbrechen, aber dennoch der Verantwortung, daß sich die interkonfessionelle Organisation durchsetzen werde, trotz der vielen und einflussreichen Gegner.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am Anfang des Jahres 1909: 2705 (nicht 1750, wie in einer der letzten Nummern unserer Zeitung irrtümlich mitgeteilt wurde) in 18 Ortsgruppen gegen 2700 Mitglieder in derischen Organi-Organisationen am Ende des letzten Jahres. Als im letzten Jahre nach der heiligen Bestimmung ein Fortgang, wenn auch nur ein ganz kleiner. Der Verband verfügt zur Zeit über 4 Beamte, wovon 3 an der zentrale in Dordrecht liegen.

Die Kasse bilanziert mit 18.000,45 Gulden in Einnahmen und Ausgaben. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1908 13.710,11.

In dem Mittelworte der Verbandsfähigkeit standen in diesem Jahre die Einigungsbereitungen, die Verhandlungen mit den "Konfessionellen" zur Beilegung des Gewerkschaftsstreites, die bekanntlich mit einem negativen Resultat beendet sind.

Auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat der Verband im Berichtsjahr erfolgreich wirken können. Auch den 1909 durchgeführten gezielten Arbeitsvertrag ist es wiederholt zu Ehrenzeiten gekommen, die in einigen Fällen zu Streiks führten. — Der Verband gebührt seinen Mitgliedern durch einen eigens hierzu angestellten Rat der Beschäftigung. — Ganz besonders auf dem Gebiete der "Kochener" kam im vergangenen Jahre eine Föderation aller christlichen Sachabteilungen des holländischen zu Stande in dem "christlich-nationalen Sachverband der Niederlande". Durch diesen ist der Einfluß und die Stoffkraft der christlich-organisierten Arbeiter in Holland wesentlich gewachsen.

Aus den Verhandlungen des Verhandlungstages können die hier nur kurz besprochen werden, die die inneren Organisationsverhältnisse angehen. Außer diesen, die einen langen Zeitraum der Tagung einnahmen, wurden Anträge auf Verbesserung der Unternehmungsverhältnisse beraten. Es wurde beschlossen, die Parteien für Bezug der Krankenkassenversicherung von 12 auf 8 Monate herzusetzen zu legen. Erhöht wurde die Unternehmung für Arbeitslosigkeit durch Maschinenbesetze in einer Klasse, wofür in dieser Klasse der Beitrag um etwas erhöht wurde.

Der Verhandlungstag nahm dann eine Entscheidung an, die von der Regierung eine Verbesserung des Unfallversicherungsgesetzes fordert, in einer längeren Resolution wurde der gezielte Sachabteilung gebilligt. Ferner wurde beschlossen, im Zukunft wiederholt Versammlungen zu sammeln über den Umfang der Arbeitslosigkeit, über das Verhalten an Personal usw. Die Statistik soll die Grundlage sein für eine Arbeit zu gründende Arbeitslosen-Versicherung, deren Ziel die gründende Unternehmung bei Notzeiten durch Arbeitsbeschäftigung ausgebaut werden soll. Wir wünschen an diesem Verhandlungstages in Holland ein glückliches Gelingen.

**Allgemeine Rundschau.**

**Allgemeines.**

Das Schicksal der Arbeitskammern. Nach langem Besinnen haben die verbundenen Regierungen den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes im Reichstag wieder eingebracht. Ein solcher Entwurf lag dem Reichs-Parlament bereits in der verflochtenen Session vor. In der zu diesem Zwecke eingeleiteten Kommission wurde der Entwurf vollständig fertig durchberaten. Wegen Schluß der Session kam er aber im Plenum des Reichstages nicht mehr zur Beratung. Man glaubte, daß die Regierung mit Rücksicht den Schluß des Reichstages herbeigeführt habe, um eine Entscheidung über die, nach ihrer Anschauung zu weitgehenden Verbesserungen dieses und anderer Gesetzentwürfe, aus dem Wege zu gehen. Die Arbeitskammerkommission ging nämlich, trotz des Widerspruches, über die Regierungsvorlage hinaus, um die Vorlage zu einem zweckentsprechenden, für die Arbeiter auch wirksamen Gesetze zu machen. Aus diesem Grunde war es nötig, den Angehörten der Arbeiter, den Vereins- und Gewerkschaftsbeamten, die Wahlbarkeit zu sichern. Sie sollten in die Arbeitskammern gewählt werden und als unabhängige Vertreter der Arbeiter die Interessen derselben wahrnehmen können, ohne befürchten zu müssen, daß sie eines freien Wortes wegen gemahregelt würden. Auch im Hinblick darauf, daß die Arbeitgeber, insbesondere die Gewerkschafts- und Aktienbetriebe ihrer Beamten, Direktoren, Ingenieure usw. in die Arbeitskammern zu entsenden berechtigt sein sollen, erschien die Wahlbarkeit der Sekretäre der Arbeiterorganisationen geboten. Die Kommission beschloß also, daß in die Arbeitskammern auch solche Personen gewählt werden können, die mindestens ein Jahr als Vorsitzende oder Beamte beruflicher Organisationen der Arbeitgeber tätig sind, sowie Angestellte der Arbeitervereine und Gewerkschaften, wenn diese wenigstens drei Jahre hindurch in dem Gewerkszuge gearbeitet haben, für welchen die Arbeitskammer errichtet wird. In diesem Falle ist die weitere Voraussetzung die, daß sie 25 Jahre alt sind und im Bezirke der zuständigen Arbeitskammer wohnen.

Wenn nun die Regierungsvertreter sich im Ansatze nicht so sehr gegen die Aufnahme dieser Bestimmungen wendeten, so doch und zwar in scharfer Weise abzuwehren, als sich die Großindustriellen dagegen ausdrückten. Nun sei das Wort "annahmbar". In neuen Entwürfen ist denn auch dieser Beschluß der Kommission ausgemergelt. Der Reichstag wird sich jedoch kaum dazu entschließen, auf diese Bestimmung zu verzichten.

Die Arbeiter aller Richtungen haben durch ihre Vertreter in zahlreichen Verammlungen erklärt, daß Arbeitskammern, bei denen Arbeitervertreter nicht zugelassen werden, für sie so gut wie wertlos seien. Ein großer Teil der Arbeitgeber steht auf demselben Standpunkte. So der Zentralausschuß der Gewerksvereinigungen, das Komitee der Arbeitgeberverbände im Berggewerbe Berlin. Auch der Deutsche Handels- und Gewerbetag hat am 4. Febr. 1909 sich für die Wahlbarkeit der Sekretäre ausgesprochen.

Hier liegt der Kernpunkt der Differenz, die, wenn sie nicht ausgeglichen wird, das Scheitern des Gesetzes zur Folge haben wird. Arbeitskammern zu schaffen, nur damit solche da sind, hat keinen Zweck; sie müssen für die Arbeiter auch wirksam werden können. Diese dürfen deshalb in der Wahl ihrer Vertreter nicht beschränkt werden: man darf ihnen keinen Anstoß anhängen. Wir haben so schon Gesetze genug, die in der Theorie zwar ganz nett sich ausnehmen, in der Praxis aber vielfach verfehlen. Welche Rechte das Gesetz werden dadurch irre geführt: in ihnen die Meinung erweckt, es gehe die außerordentliches Fortwährend für die Arbeiter, während dem es sich nur um Paragrafenstreichen handelt.

**Briefkasten.**

Nach Gütersloh: Dem Mietvertrag besteht zu Recht. Wenn du im April 1907 die Wohnung gemietet hast, darfst du heute nicht mehr mit Erfolg Klagen auf Unschädigung für einen Mangel, der dir beim Mieten der Wohnung oder doch nach kurzer Zeit des Wohnens derselben bekannt sein mußte. — In mehreren Wegen Wohnungsmietes mehrere Zuschriften für die nächste Nummer liegen bleiben.

**Verammlungskalender.**

- Blombach. 13. März, 2 Uhr, bei Edmund Scherer.
- Borghorst. 6. März, 11 Uhr, bei Fr. Dierfeld.
- Dachau (Bayern). 6. März, 2 Uhr, bei Guß. Meyer.
- Dachau. 6. März, 11 Uhr, im Paulushaus.
- Dieseldorfer. 6. März, 6 Uhr, im kath. Vereinshaus.
- W. Völsbach-Denn. 13. März, 4 1/2 Uhr, bei Peter Brandt, 100.
- Gerung-Tahl. 6. März, 6 Uhr, bei H. Ugemacher (am hiesigen Ort).
- Geisenheim. 6. März, 4 Uhr, bei König Karl.
- Hessendorf. 12. März, 8 Uhr, bei Frau Göbel.
- Sommerfeld. 6. März, 8 Uhr, im Lokale Getels.
- Welschbach. 6. März, 7 Uhr, bei Geiswiler Wohnen.
- Wieritz. 6. März, 10 Uhr, bei Jungens, allgemeine Versammlung und Förderer-Sitzung.
- Unruh. Sonntag, den 6. März, 5 1/2 Uhr nachmittags. Findet die ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins "Eintracht" statt im Lokal Jos. Bauer Lagerstr. 1) Geschäfts- und Lagerbericht. 2) Vorlegung der Bilanz pro 1909. 3) Genehmigung der Bilanz. 4) Entlohnung des Kassiers und Liquidators. 5) Beschließung über den Vermögensbericht. 6) Wahl des Kassiers und Liquidators. 7) Geschäftsbericht. Der V. Vorsitzender: J. A. Franz Stalls.
- Wietzen. Sonntag, den 6. März, 5 1/2 Uhr, bei Schmitt. 1) Geschäfts- und Lagerbericht. 2) Vorlegung der Bilanz pro 1909. 3) Beschließung über den Vermögensbericht. 4) Wahl des Kassiers und Liquidators. 5) Geschäftsbericht. Der V. Vorsitzender: J. A. Franz Stalls.

**M.-Glödbach-Eiden.**

Gewerkschafts-Konsumverein "Zukunft", e. G. m. b. H. Samstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, ordentliche Generalversammlung im Saale des Birten Bitter heimrichs, Kreuzstraße 284. Tagesordnung: 1) Quartals- und Revisionsbericht, 2) Eröffnung einer dritten Verkaufsstelle, 3) Umänderung der §§ 32 und 33, 4) Beschließung. Um dänktliches Erscheinen bittet Der Aufsichtsrat. (2.-M.) J. A. J. Conze, Vorsitzender.

**Roeigen.**

Konsumverein "Eintracht", e. G. m. b. H. Sonntag, den 6. März d. J., findet im Lokale Jos. Wilms die ordentliche Generalversammlung statt, 6 Uhr abends. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht und Rechnungsablage, 2) Genehmigung der Bilanz pro 1909, sowie Beschließung über den Gewinn und Verlust, 3) Entlohnung des Vorstandes und Aufsichtsrates, 4) Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrates, 5) Auflösung der Genossenschaft, 6) Wahl der Liquidatoren, 7) Beschließung. Der Aufsichtsrat. (2.20 Mt.) J. A. J. Conze, Vorsitzender.

**Bilanz**

des Konsumvereins "Eintracht" zu Anrath e. G. m. b. H. vom 1. Januar 1909 bis 31. Dezember 1909.

Aktiva	Passiva
Kassentonto . . . 196,35	Geschäftsguthaben 1523,71
Bancotonto . . . 2703,54	Bilanztontonto . . . 751,65
Sparkastentonto . . . 129,54	Miet- und Gehaltskonto . . . 82,40
Inventartonto nach 100% Abschreibung 213,66	Reservefonds . . . 163,00
Debitortontonto I . . . 225,49	Dispositionsfonds . . . 38,00
Debitortontonto II . . . 80,20	Reingewinn . . . 1002,92
	3551,68
	3551,68
Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1909 54	
Neu eingetreten . . . 3	
Scheid . . . 57	
Gesamtzahlname betrug am 31. Dezember 1909 Mt. 1710	
Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:	
Geit. Engelen. Franz Brülls,	
Joh. Broder. Vorsitzender.	
Konrad Köne. (Mt. 4,40.)	

**Bilanz**

der Konsumgenossenschaft "Eintracht" e. G. m. b. H. für das Geschäftsjahr vom 1. Jan. bis 31. Dez. 1909.

Aktiva	Passiva
Guthaben bei der Sparkasse . . . 7 286,53	Guthaben der Mitglieder . . . 5 888,05
Waren . . . 7 493,50	Reservefonds . . . 2 732,55
Umsatzen . . . 124,15	Warenschuld . . . —
Debitoren . . . 571,71	Umsatzen . . . 400,—
Zinskonten . . . 10 400,—	Konten . . . 100,—
Kassenbestand am 31. Dez. . . 1 769,94	Synthese . . . 8 70,—
	Gesamtsumme . . . 2 300,—
	28 155,23
	28 155,23
Mitgliederbestand am 1. Januar 1909 . . . 198	
Zugang im Jahre 1909 . . . 39	
Abgang im Jahre 1909 . . . 10	
Neu Mitgliederbestand am 1. Januar 1910 . . . 227	
Die Gesamtsumme beträgt 6810,— Mt.	
Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:	
Franz Goldbach. J. A. Heinr. Rams,	
Wilk. Güters. Vorsitzender.	
Mith. van Werden. (Mt. 5,20.)	

**Sterbe-Tafel.**

Zs starben die Verbandsmitglieder:

- Bertha Ermer in Landeshut
- Maria Fond in Rothau
- Andreas Brands in Baisheim
- Mathias Lückner in Schaag
- Mathias Schuff in Aachen-B.
- Wilhelm Müller in Aachen
- Mathias Kroyci in Schiffbek
- Anton Schulte in Effe
- Anton Niehoff in Rheine
- Heinrich Keve in Herford
- Johann Hönig in Borghorst
- Pauline Miksche in Schiffbek
- Wenzel Kaffas in Zittau.

Ehre ihrem Andenken!

**Literarisches.**

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1910 ist völlig vergriffen, wegen der vorgerückten Zeit empfiehlt sich ein Neubruck nicht anzu. Sollten an einigen Stellen noch Jahrbücher 1910 vorhanden sein, für die voranschicklich kein Abzug zu erzielen ist, so bitten wir die Kollegen, sich mit dem Gewerkschaftsverlag zu verständigen. Als Ersatz für das diesjährige Jahrbuch empfehlen wir die Jahrbücher für katholische und evangelische Arbeiter, die zum Preise von 50 Pfg. portofrei 60 Pfg. bei dem Gewerkschaftsverlag zu beziehen sind.

Die Textilliteratur 1890 1910. Verzeichnis der wichtigeren Erscheinungen der letzten 20 Jahre. Leipzig, Verlag von Schulze u. Co. Das schmale Feltchen bringt in literarischer Anordnung auf 43 Seiten ein Verzeichnis der wichtigsten Erscheinungen der Textilliteratur der letzten 20 Jahre. Es kann allen Interessierten die Benutzung dieses Buches nur empfohlen werden.

Kalender für Spinnerei und Weberei 1910. Herausgegeben von Schams, Kgl. Weichschulldirektor a. D. 1,50 Mt. Verlag von Schulze u. Co., Leipzig. Dieser neue Kalender bringt eine Reihe interessanter und wertvoller Abhandlungen, Tabellen u. f. für den Fachmann und wird infolge seiner praktischen Anlage und seiner guten Ausstattung wegen viel gefordert werden. Sie können das Taschenbuch jedem Fachmann zur Handhabung bestens empfehlen, unanfechtbar, als der Preis 1,50 Mt. ein sehr billiger ist.

Mitglieder, agitiert für den Verband!